

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVIII. Jahrgang, Nr. 1

Jänner 1955

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Hohe Winterarbeitslosigkeit trotz anhaltend guter Konjunktur — Starke Ausweitung des Kreditvolumens — Rekordumsätze im Außenhandel

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Neuberechnung des Aktienkursindex — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch; Insolvenzen im Jahre 1954 — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Zur Konvertibilität

Die zweite Etappe der Einkommensteuersenkung

Das voraussichtliche Viehangebot im Jahre 1955

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Hohe Winterarbeitslosigkeit trotz anhaltend guter Konjunktur — Starke Ausweitung des Kreditvolumens — Rekordumsätze im Außenhandel

Die anhaltend gute Konjunktur der österreichischen Wirtschaft wird gegenwärtig durch die nach wie vor hohe Winterarbeitslosigkeit überschattet. Obwohl der Jänner sehr milde war, stieg die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 52.900, fast ebenso stark wie im besonders kalten Winter 1954. (Im Jänner 1952 und 1953 hatte sie nur um 45.100 und 36.100 zugenommen.) Gleichzeitig sank die Zahl der Beschäftigten um 59.300, gegen 66.500 im Vorjahre. Ende Jänner waren 230.500 Arbeitskräfte oder 10,6% des verfügbaren Arbeitskräftepotentials arbeitslos.

Das starke Steigen der Arbeitslosenzahlen im Jänner hat verschiedene Gründe. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß sich die Beschäftigtenstruktur im Jahre 1954 zu Gunsten des stark saisonabhängigen Baugewerbes verschoben hat. (Im Sommer 1954 waren etwa 20.000 Bauarbeiter mehr beschäftigt als ein Jahr vorher.) Da das mit Aufträgen reichlich eingedeckte Baugewerbe bis Jahresende nur verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte entließ, die zunächst aufgeschobenen Entlassungen aber Anfang 1955 teilweise nachholte, stieg die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter im Jänner 1955 mit 25.900 um 3.000 stärker als im Jänner 1954. Ein weiterer Grund liegt darin, daß in der Arbeitslosenstatistik heuer mehr landwirtschaft-

liche Gutsarbeiter, Saisonarbeiter und Tagelöhner aufscheinen. Diese Berufsgruppen wurden erst Ende 1953 in die Arbeitslosenversicherung einbezogen. Auch die Landwirte dürften sich jetzt vielfach leichter zu Entlassungen entschließen, nachdem ihre vorübergehend nicht benötigten Arbeitskräfte vom Staat unterstützt werden.

Trotz diesen die Saisonschwankungen auf dem Arbeitsmarkt verschärfenden Faktoren wurden heuer seit dem Höhepunkt der Beschäftigung Ende Oktober bis Ende Jänner nur 139.000 Arbeitskräfte entlassen, gegenüber 180.000 im gleichen Zeitraum der beiden Vorjahre. Nur im Winter 1950/51, als mehrere günstige Faktoren zusammentrafen, die Koreahaussage, ein besonders günstiges Bauwetter und ein umfangreiches öffentliches Winterbauprogramm, hielten sich die Entlassungen mit 141.000 im Zeitraum Oktober bis Jänner in ähnlichen Grenzen wie in diesem Winter. Vergewahrtigt man sich schließlich, daß Ende Jänner 1955 immerhin um 125.000 Arbeitskräfte mehr beschäftigt waren als im Vorjahre, dann scheint es gerechtfertigt, trotz des bisherigen Verlaufes der Winterarbeitslosigkeit, von einer ausgezeichneten Konjunktur der Gesamtwirtschaft zu sprechen.

Es steht jedoch außer Frage, daß das Problem der übermäßigen Saisonschwankungen vor allem im Baugewerbe — hohe Arbeitslosigkeit im Winter und ungesunde Beschäftigungsspitzen im Sommer — bisher noch ungelöst ist. Die allmähliche Ausbreitung des Winterbauens in größeren Städten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß im ganzen gesehen die bisherigen organisatorischen Vorbereitungen und die technische Ausrüstung des Baugewerbes noch nicht ausreichen, eine einigermaßen gleichmäßige Beschäftigung über das ganze Jahr zu sichern. Auch die öffentliche Hand scheint bisher ihre Möglichkeiten, die Bautätigkeit zu steuern, nur teilweise ausgenützt zu haben. Eine zeitlich richtige Verteilung der öffentlichen Aufträge wäre aber gerade heuer besonders wichtig, da das geplante hohe Bauvolumen — es bewegt sich in einer Größenordnung von $7\frac{3}{4}$ Mrd. S — zu einer übermäßigen Sommerspitze im Baugewerbe mit allen ihren abträglichen Nebenwirkungen auf andere Wirtschaftszweige führen könnte.

Der Index der *Industrieproduktion* stieg im November je Arbeitstag um $3\frac{3}{10}\%$. Fast alle Zweige erzeugten mehr als im Vormonat. Ausnahmen bildeten nur die stark witterungsabhängigen Metallhütten und die Baustoffindustrie, die ihre Produktion um 23% und 19% einschränken mußten. Am stärksten belebte sich — zum Teil aus saisonalen Gründen — die Produktion von Nahrungsmitteln ($+40\%$), Elektrogeräten ($+14\%$) sowie von Leder und Schuhen ($+10\%$). Der Konjunkturaufschwung der Industrieproduktion war auch in den letzten Monaten des Vorjahres sehr beachtlich, wenn auch schon etwas schwächer als im Jahre 1953. Im Durchschnitt des III. Quartals 1954 war die Industrieproduktion noch um 18% , im Oktober und November aber nur noch um 15% und 13% (je Arbeitstag) höher als in den gleichen Monaten 1953. Einer der wichtigsten Gründe für die Verlangsamung der Expansion liegt offenbar darin, daß einzelne Produktionszweige ihre Kapazität bereits nahezu voll ausnützen. Sie können trotz lebhafter Nachfrage ihre Produktion nicht mehr oder nur noch verhältnismäßig langsam ausweiten. Das gilt vor allem für die Eisenhütten und für die Papierindustrie. Diese beiden Zweige erzeugten im August 1954 noch um 28% und 26% mehr als im August 1953. In den folgenden Monaten wurde dieser Vorsprung ständig kleiner und betrug im November nur noch 18% und 15% . Aber auch die Gießereien, die Fahrzeug- und die Maschinenindustrie, in denen der Konjunkturaufschwung erst Ende 1953 begonnen hatte, konnten im November ihre Produktion nicht mehr so stark steigern wie im Vorjahre, als noch ausreichende Kapazitätsreserven zur Verfügung stan-

den. Ähnlich verhält es sich mit der *Produktivität*. Die Produktivitätsreserven, die in den ersten Phasen des Konjunkturaufschwunges in fast allen Zweigen bestanden, wurden in den letzten Monaten mehr und mehr ausgeschöpft. Auch der kostenmäßig und arbeitsmarktpolitisch wenig befriedigende Ausweg, die Produktion mit Hilfe von Überstunden zu steigern, ist nicht unbeschränkt gangbar. Die Produktion je Beschäftigten, die in den Sommermonaten um 13% höher war als im Sommer 1953, überschritt daher im Oktober und November nur noch um knapp 6% den Vorjahresstand.

Nach den Ergebnissen des *Konjunkturtestes des Institutes* hielt die günstige Konjunktur der Industrie auch über die Jahreswende hinaus an. Die *Investitionsgüterindustrien* insgesamt erhielten im Jänner um 6% mehr Aufträge als im Dezember. Schaltet man die durch eine Sonderkonjunktur begünstigte Fahrzeugindustrie aus, waren die Aufträge annähernd gleich groß wie im Vormonat. Diese Entwicklung der Aufträge stützt die im letzten Monatsbericht vertretene Auffassung, daß die stürmische Belebung der Investitionstätigkeit gegen Ende 1954 nicht nur die Folge verschiedener steuerlicher Begünstigungen war, sondern in der Hauptsache auf tiefergreifende und länger wirksame konjunkturelle Auftriebskräfte zurückgehen dürfte. Die *Konsumgüterindustrien* profitierten vom guten Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels. Während die Aufträge im Jänner 1954 um 3% zurückgingen, stiegen sie im Jänner 1955 um 3% . Die saisonbedingte Produktionseinschränkung an der Jahreswende war daher geringer als gewöhnlich. Besonders Bekleidungsgegenstände, Textilien und Lederwaren wurden in größerem Umfange für die Frühjahrsaison bestellt als Anfang 1954.

Die Berichte des Einzelhandels über ein gutes Weihnachtsgeschäft werden durch die Statistik nachträglich bestätigt. Wiewohl schon im Oktober und November übersaisonmäßig gute *Umsätze* erzielt wurden, nahmen sie im Dezember um 79% , d. h. ebenso stark wie im Vorjahre zu. (Im Dezember 1951 und 1952 waren sie um 63% und 76% gestiegen.) Der Einzelhandel verkaufte wertmäßig um 18% und mengenmäßig um 12% mehr als im Dezember 1953. Die lebhaftere Nachfrage der Konsumenten erstreckte sich auf fast alle Branchen. Saisonmäßig am stärksten stiegen von November auf Dezember die Umsätze von typischen Geschenkartikeln wie Spielwaren, Büchern, Schmuck, Lederwaren und Photoartikeln. Auch Textilien und Schuhe, die zeitweise infolge ungünstiger Witterungsbedingungen und der Vorliebe der Verbraucher für langlebige Konsumgüter weniger gefragt waren, gingen bemerkenswert gut: ihre Um-

sätze stiegen im Dezember um 56% und 58% und lagen mengenmäßig um 7% und 27% über dem Vorjahresstand. Weit schlechter als im Vorjahre (wertmäßig – 10% und mengenmäßig – 21%) gingen nur Tabakwaren. Allerdings waren im Dezember 1953 Tabakwaren wegen der bevorstehenden Preiserhöhungen vielfach auf Vorrat gekauft worden.

Der Außenhandel hat sich im Dezember übersaisonmäßig kräftig belebt. Die *Ausfuhr* stieg um 12%, gegen nur 8% im Dezember 1953. Sie überschritt zum ersten Male wertmäßig 1,5 Mrd. S (1.528 Mill. S) und volumenmäßig das Doppelte des Vorkriegsstandes (207; 1937 = 100). Sie war in allen wichtigen Warengruppen und nach allen Gebieten höher als im November. Auch Holz wurde mehr ausgeführt als in den Vormonaten, die Exporteinschränkungen konnten sich bis Jahresende noch nicht auswirken.

Gleichzeitig stieg die *Gesamteinfuhr* um 20% und überschritt wertmäßig erstmals die 2-Milliardengrenze (2.108 Mill. S). Das Einfuhrvolumen war mit 181 um 68% höher als im Dezember 1953. Von der Mehreinfuhr gegenüber November im Werte von 351 Mill. S entfielen 181 Mill. S oder die Hälfte auf Maschinen und Verkehrsmittel. Ihr Anteil an der Gesamteinfuhr erreichte 25%, gegen nur 19% im Durchschnitt 1954. Die ungewöhnlich hohen Investitionsgüterimporte hängen teilweise mit dem Auslaufen verschiedener steuerlicher Begünstigungen für Investitionen zusammen. Viele Betriebe haben mit steuerbegünstigten Investitionen bis Jahresende zugewartet, bis sie ihre Gewinne einigermaßen überblicken und die Steuervorteile optimal ausnützen konnten. Da die meisten heimischen Investitionsgüterindustrien nicht mehr kurzfristig lieferfähig waren und sich die Nachfrage vielfach auf billige Investitionsgüter (z. B. Büromaschinen) konzentrierte, die im Inland nicht erzeugt werden, wirkten sich die durch steuerliche Begünstigungen forcierten Investitionen gegen Jahresende besonders stark auf die Einfuhr aus. Außer Investitionsgütern wurden im Dezember um 99 Mill. S mehr Rohstoffe eingeführt. Die guten Absatzchancen im Inland und die teilweise wieder steigenden Preise auf den internationalen Rohwarenmärkten legen den Betrieben nahe, wieder größere Rohstoffvorräte anzulegen. Diese Vorkaufe sind jedoch – wenn die Weltmarktpreise weiter steigen – gesamtwirtschaftlich gesehen ein Gewinn. Schließlich ist im Dezember die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln um 68 Mill. S gestiegen; es wurden mehr Getreide, Tabak, Kaffee und Kakao eingeführt als im Vormonat. Die Einfuhr

halbfertiger Waren und fertiger Waren (ohne Investitionsgüter) dagegen blieb unverändert.

Da die Einfuhr weit stärker zunahm als die Ausfuhr, stieg das Defizit in der *Handelsbilanz* von 393 Mill. S im November auf 580 Mill. S im Dezember, den bisher höchsten Stand. (Im Dezember 1953 bestand ein Ausfuhrüberschuß von 4 Mill. S.) Trotz saisonbedingt höheren Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr (82 Mill. S, gegen 62 Mill. S im November) verblieb ein beträchtliches Defizit in der Zahlungsbilanz. Die Netto-Devisenbestände der Nationalbank – d. h. ihre Devisenbestände abzüglich ihrer kurzfristigen Verpflichtungen gegenüber ausländischen Kreditinstituten – nahmen im Dezember um 376 Mill. S und im Jänner um weitere 70 Mill. S ab. Die Abrechnung mit der EZU schloß in beiden Monaten mit einem Defizit von 15,6 Mill. \$ und 13,4 Mill. \$. Insgesamt ergab sich bisher im Wirtschaftsjahr 1954/55 gegenüber der EZU ein Gesamtdefizit von 39 Mill. \$ (im Vorjahr bestand im gleichen Zeitraum ein Überschuß von 77,1 Mill. \$), das sich bis Mitte 1955 voraussichtlich noch weiter erhöhen dürfte.

Obwohl durch die Devisenkäufe der Notenbank größere Beträge an Notenbankgeld aus dem Umlauf gezogen wurden, stieg das *zirkulierende Geldvolumen* im Dezember um 514 Mill. S. Es hat damit im IV. Quartal 1954 um 1.331 Mill. S oder 4,9% zugenommen, gegen 1.676 Mill. S oder 7,8% im IV. Quartal 1953. Die gegenüber dem Vorjahre etwas langsamere Vermehrung der Geldmenge geht hauptsächlich darauf zurück, daß die öffentlichen Haushalte im IV. Quartal 1954 trotz hohen Einnahmen etwa 200 Mill. S von ihren Scheckeinlagen abheben mußten, während sie im Jahre 1953 einen Kassenüberschuß von rund 400 Mill. S erzielten. Die kurzfristig verfügbare Geldmenge der privaten Haushalte und Betriebe ist im IV. Quartal 1954 mit 7,5% ebenso stark gestiegen wie im Vorjahre.

Die Vermehrung der Geldmenge ging im Dezember auf eine besonders kräftige Ausweitung des *Kreditvolumens* zurück. Die Kreditinstitute gewährten insgesamt 720 Mill. S zusätzliche Kredite, mehr als in irgendeinem Monat seit dem Währungsschutzgesetz. (Im Dezember 1954 wurde das Kreditvolumen nur um 58 Mill. S ausgeweitet.) Außer der lebhaften Binnenkonjunktur und Saisoneinflüssen haben auch Sonderfaktoren, wie die Zuckerkampagne, die sprunghafte Zunahme der Einfuhr und die aus steuerlichen Gründen forcierte Investitionstätigkeit gegen Jahresende, die Kreditnachfrage gesteigert. Da gleichzeitig die Einlagen bei den Kreditinstituten saisonbedingt mit 52 Mill. S nur geringfügig zunahmen – die Spareinlagen gingen sogar um 41 Mill. S zurück –, muß-

ten sich die Kreditinstitute die Mittel für die Kreditausweitung großteils von der Notenbank beschaffen. Ihre freien Giro Guthaben bei der Notenbank nahmen um 425 Mill. S ab. Außerdem ließen sie 45 Mill. S Schatzscheine und 109 Mill. S Handelswechsel von der Notenbank refinanzieren. Trotzdem wird die Kreditpolitik in naher Zukunft kaum durch einen Mangel an liquiden Mitteln beeengt werden. Weit eher könnte die zweite Bestimmung der quantitativen Kreditabkommen, die Beschränkung der zusätzlichen Kredite auf 50% des Einlagenzuwachses, die Kreditinstitute zu einer vorsichtigen Kreditpolitik veranlassen. Die Krediterteilungsreserve der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute sank im Dezember von 1.117 Mill. S auf 733 Mill. S; sie war damit bereits um 1'5 Mrd. S niedriger als im Mai 1954. Wann diese Kreditbremse wirksam werden wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob der Liquiditätsausgleich zwischen den einzelnen Instituten reibungslos funktioniert — bekanntlich ist die Liquidität selbst innerhalb der einzelnen Gruppen von Institut zu Institut sehr verschieden — und wie rasch die gegenwärtig bei der Postsparkasse liegenden öffentlichen Gelder in die Wirtschaft fließen werden.

Die Preise sind von Mitte Dezember bis Mitte Jänner leicht gestiegen: der Großhandelspreisindex um 0'6% auf 844 und der Lebenshaltungskostenindex des Institutes um 1'5% auf 697 (1938 = 100). Im Großhandel wurden vor allem wichtige Industrie- rohstoffe (Metalle, Textilrohstoffe, Leder, Kautschuk, Holz, Petroleum), im Einzelhandel Gemüse (saisonbedingt), Holz und Holzwaren, Kinobesuche und einige andere Dienstleistungen teurer. Fleisch und Speckfilz wurden billiger. Trotz den nicht nur saisonbedingten Preisauftriebenden im Jänner betrug die Teuerung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres Mitte Jänner im Großhandel nur 6'3% und bei den Lebenshaltungskosten nur 0'6%, gegen 8% und 3% Mitte Dezember. Das Niveau der Letztverbraucherpreise ist also gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert geblieben. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Preise einiger typischer Saisonprodukte, wie Gemüse und Obst, in den ersten vier Monaten 1954 infolge des strengen und langanhaltenden Winters stark überhöht waren. Die sprunghafte Erhöhung des Lebenshaltungskostenindex Anfang 1954 wurde als nur vorübergehend erkannt und daher mit Recht aus ihr keine preis- und lohnpolitischen Konsequenzen gezogen. Ebensowenig darf der gegenwärtig geringe Abstand gegenüber den Lebenshaltungskosten des Vorjahres, der voraussichtlich noch bis April weiter bestehen dürfte, als symptomatisch für den Trend der Preisentwicklung ge-

wertet werden. Scheidet man die Saisonprodukte Gemüse und Obst aus, dann war der Index der Lebenshaltungskosten im Jänner 1955 immerhin um 2'3% höher als im Jänner 1954.

Neue Preisauftriebenden gehen gegenwärtig besonders von den Rohstoffmärkten aus. Einige internationale Rohwaren, vor allem Kupfer, Wolle, Kautschuk, Eisen und Stahl, sind in jüngster Zeit, teils unter dem Einfluß der Formosakrise, teils als Folge einer lebhafteren Konjunktur in den USA, teurer geworden. Auf dem Inlandmarkt droht die anhaltende Preishausse für Holz die Papierpreise zu erhöhen. Auf dem Gebiete der Mineralöle wurden Heizöl, Petroleum und Bitum teurer, Fahrbenzin dagegen billiger. Die Verteuerung wichtiger Rohstoffe ist gegenwärtig nicht unbedenklich, da viele Betriebe ihre Kapazität optimal auslasten und daher sowohl kosten- als auch absatzmäßige Überlegungen die Weiterwälzung der höheren Rohstoffpreise auf die Fertigwarenpreise fördern. Die österreichische Wirtschaftspolitik hat sich daher zu einem eindringlichen Appell an die Unternehmer und Arbeiter entschlossen, Preis-Lohn-Disziplin zu halten, und nötigenfalls rigorose Maßnahmen, wie Aufhebung der Ausfuhrvergütung, Senkung der Zölle und Erweiterung der Liberalisierung ins Auge gefaßt. Um die Preise des wichtigsten heimischen Rohstoffes, des Holzes, zu stabilisieren, wurde der Einfuhrzoll für Holz ab Februar aufgehoben und das Exportkontingent für Schnittholz im Jänner und Februar auf je 229.000 m^3 und im März auf 180.000 m^3 gekürzt (im Monatsdurchschnitt 1954 wurden 273.000 m^3 ausgeführt). Das für März festgelegte Kontingent entspricht, auf das Jahr gerechnet, ungefähr den Ausfuhrmengen in den Jahren 1951 und 1952. Die Beschränkung der Holzexporte in diesem Ausmaße läßt eine bessere Belieferung des Binnenmarktes mit Holz und in weiterer Folge auch einen fühlbaren Preisdruck erwarten. In diesem Falle muß allerdings ein ziemlich beträchtlicher Exportausfall in Kauf genommen werden. Auf Basis der durchschnittlichen Exportpreise vom Dezember und des für März festgelegten Kontingentes würden für den Export von Nadel schnittholz pro Jahr nur noch 1'9 Mrd. S erlöst werden, um 1 Mrd. S weniger als im Jahre 1954.

Auf dem Gebiete der Ernährung ist es bereits gelungen, die Hausse auf dem Schweinemarkt aufzufangen und eine leicht rückläufige Bewegung einzuleiten. Anfang Februar wurden auf dem Wiener Schweinemarkt zum ersten Male seit längerer Zeit wieder alle Qualitäten zum Lebendgewichtspreis verkauft, wobei der offizielle Höchstpreis nur bei den besseren Qualitäten erreicht wurde. Dieser Erfolg wurde bis-

her hauptsächlich durch zusätzliche Einfuhren erzielt und dadurch erleichtert, daß die Schweinepreise im Ausland seit November 1954 eine rückläufige Tendenz zeigen. Nach den Vorausschätzungen des Institutes¹⁾ dürfte das heimische Angebot an Schweinen spätestens im Sommer so stark steigen, daß der Schweinepreis auch ohne zusätzliche Einfuhren unter den amtlichen Höchstpreisen stabilisiert werden kann. Eine Erhöhung des Milchpreises konnte bisher vermieden werden. Es ist noch nicht entschieden, ob der Milchwirtschaftsfonds über die einmalige Subvention von 20 Mill. S hinaus öffentliche Mittel erhalten wird.

¹⁾ Siehe „Das voraussichtliche Viehangebot im Jahre 1955“ S. 36 ff.

Die Anfang 1954 gestartete *Lohnbewegung* ist im wesentlichen abgeschlossen. In jüngster Zeit wurden nur noch die Löhne und Gehälter verschiedener kleinerer Berufsgruppen, wie der Speditionsarbeiter (ohne Wien), der Handschuhmacher und der Arbeiter in verschiedenen Nahrungsmittelgewerben, nachgezogen. Allerdings stellen einige Berufe neue Lohnforderungen, darunter die Arbeiter und Angestellten im Handel und die Angestellten im Speditionsgewerbe, die im Vorjahr nur eine verhältnismäßig bescheidene Erhöhung ihrer Bezüge durchsetzen konnten. Der Index der Nettotariflöhne des Institutes war im Jänner mit 652,7 (April 1945 = 100) um 6,5% höher als im Jänner 1954.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Das *kommerzielle Kreditvolumen* stieg im Dezember um 720 Mill. S, stärker als in irgendeinem Monat seit der Währungsreform. Außer dem kräftigen Aufschwung der Binnenkonjunktur dürften verschiedene Sondereinflüsse die Nachfrage nach Krediten erhöhet haben: das Bestreben vieler Unternehmungen, die Ende 1954 auslaufenden steuerlichen Begünstigungen für Investitionen voll auszunutzen, der Quartalsteuertermin, die hohen Weihnachtsremunerationen und die Zuckerkampagne, die im Jahre 1954 etwas verspätet einsetzte und umfangreicher war als in den Vorjahren. Auch die sprunghafte Zunahme der Einfuhr wurde teilweise mit Hilfe von Bankkrediten finanziert. Anfang 1955 dürfte die Kreditexpansion saisonbedingt wieder nachgelassen haben.

Außer der Kreditausweitung wirkte im Dezember auch die Bewegung auf *Sparkonten* geldvermehrend. Wiewohl die Zinsgutschriften, die teilweise bereits im Dezember abgerechnet werden, höher waren als im Vorjahr, wurden nach vorläufigen Ergebnissen per Saldo 41 Mill. S von Sparkonten abgezogen (im Dezember 1953 waren 8 Mill. S auf Sparkonten eingelegt worden). Der gesamte Zuwachs an Spareinlagen erreichte damit im IV. Quartal 1954 260 Mill. S; er war um 5 Mill. S oder 2% höher als im gleichen Quartal des Vorjahres, gegen 481 Mill. S oder 30% im III. Quartal¹⁾. Die Entwicklung war allerdings bei den einzelnen Instituten sehr uneinheitlich. Bei der Postsparkasse wurden im IV. Quartal um 48% mehr, bei den Aktienbanken dagegen um 24% weniger auf Sparkonten eingelegt als im Vorjahre.

Infolge der kräftigen Ausweitung des Kreditvolumens, die erheblich (um 668 Mill. S) über den Einlagenzuwachs hinausging, dürfte die *Liquidität* des gesamten Kreditapparates im Dezember weiter zurückgegangen sein. Der Liquiditatsanzeiger des Institutes, der allerdings die Guthaben der Kreditinstitute bei der Postsparkasse vernachlässigt, sank von 13.9% auf 11.9%. Dagegen ist die erste Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute im Dezember von 16.6% auf 17.3% gestiegen. Die flüssigen Mittel schwanken je nach dem traditionellen Aufgabenbereich und der Geschäftspolitik oft von Institut zu Institut beträchtlich. Die unterschiedliche Liquidität zeigt sich unter anderem darin,

¹⁾ In allen diesen Zahlen sind die Spareinlagen der Raiffeisenkassen nicht enthalten, da sie für das IV. Quartal 1954 noch nicht vorliegen.

daß die Kreditinstitute im Jänner 74 Mill. S Schatzscheine von der Notenbank erwarben, der Bestand der Notenbank an Handelswechseln aber nur um 6 Mill. S abnahm, weil die Notenbank die von einem Institut eingereichten Wechsel nicht an andere Institute abgibt.

Die auf Grund der geltenden quantitativen Kreditkontrolle bestehende *Krediterteilungsreserve* sämtlicher Institute (mit Ausnahme der Sparkassen, für die keine Zahlen veröffentlicht werden) sank im Dezember von 1.459 Mill. S auf 1.203 Mill. S. Einzelne Institute haben ihren Kreditplafond bereits voll ausgeschöpft oder gar überschritten (die Summe der Überschreitungen stieg im Dezember von 162 Mill. S auf 300 Mill. S). Besonders stark – von 1.117 Mill. S auf 733 Mill. S – schrumpfte im Dezember die Krediterteilungsreserve der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute. Die rasche Abnahme der Krediterteilungsreserve in den letzten Monaten sowie die noch immer sehr geringe Verschuldung der Kreditinstitute gegenüber der Notenbank lassen vermuten, daß von den beiden Kreditbremsen in den Krediterteilungsreserve der dem Bankenabkommen ausweitung auf 50% des Einlagenzuwachses früher wirksam wird als die Vereinbarung bestimmter Mindestliquiditaten.

Der expansive Effekt der Kreditausweitung wurde im Dezember und Jänner nur teilweise durch das Passivum in der Zahlungsbilanz kompensiert. Die Notenbank gab im Dezember um 347 Mill. S und im Jänner um 184 Mill. S mehr *Devisen* ab, als sie kaufte. Die Verminderung der valutarischen Bestände im Jänner ging allerdings teilweise darauf zurück, daß ausländische Banken 114 Mill. S von ihren Giroguthaben bei der Notenbank abzogen. Die Netto-*devisenguthaben* der Notenbank (Guthaben abzüglich Verpflichtungen in fremden Währungen) nahmen nur um 70 Mill. S ab. Wie in den Vormonaten beschränkte sich das Defizit in der Zahlungsbilanz hauptsächlich auf den Verkehr mit EZU-Ländern. Das Passivum gegenüber der EZU war im Jänner mit 13.4 Mill. \$ nur wenig geringer als im Dezember (15.6 Mill. \$).

Als Ergebnis der expansiven (Kreditausweitung, Abhebung von Sparkonten) und restriktiven (Devisenverkaufe der Notenbank) Faktoren stieg das *zirkulierende Geldvolumen* im Dezember um 514 Mill. S. Der größte Teil der Zunahme entfiel saisongema auf Noten und Münzen (645 Mill. S), während auf Scheckkonten bei den Kreditinstituten per Saldo nur 93 Mill. S eingelegt wurden. Von den freien Giroguthaben öffentlicher Stellen und sonstigen Einlagen bei der Notenbank wurden 252 Mill. S

abgezogen, da die öffentliche Hand gegen Jahresende größere Zahlungen leisten mußte.

Das gesamte zirkulierende Geldvolumen wächst seit Mitte 1954 nicht mehr so rasch wie im Vorjahre. Die Zunahme betrug im III. und IV. Quartal 1954 6,3% und 4,9% (wenn man die Giro Guthaben ausländischer Kreditinstitute einbezieht 6,4%), gegen 8,5% und 7,8% in den gleichen Quartalen 1953. Das relativ langsamere Wachsen der Geldmenge gegen Jahresende geht jedoch nur darauf zurück, daß die öffentliche Hand keine Kassauüberschüsse mehr erzielte und einen Teil ihrer Guthaben verbrauchen mußte. Die auf kurze Sicht für die Entwicklung der gesamten kaufkräftigen Nachfrage wichtigere „private“ Geldmenge der Betriebe und der privaten Haushalte (Bargeldumlauf plus Scheckeinlagen privater Stellen) stieg im IV. Quartal 1954 ebenso stark (um 7,5%) wie ein Jahr vorher.

Veränderungen des zirkulierenden Geldvolumens

	Geldvolumen insgesamt		Privates Geldvolumen ¹⁾	
	Mill. S	%	Mill. S	%
1953 I. Quartal	— 10'6	— 0'1	— 305'1	— 2'0
II. „	+1.202'3	+ 6'5	+ 812'0	+ 5'5
III. „	+1.675'9	+ 8'5	+1.234'9	+ 7'9
IV. „	+1.675'7	+ 7'8	+1.266'4	+ 7'5
1954 I. „	+ 723'2	+ 3'1	+ 418'0	+ 2'3
II. „	+1.601'7	+ 6'7	+ 942'2	+ 5'1
III. „	+1.603'7	+ 6'3	+ 611'8	+ 3'1
IV. „	+1.330'5	+ 4'9 ²⁾	+1.520'8	+ 7'5

¹⁾ Bargeldumlauf + private Scheckeinlagen, ohne private Giro Guthaben bei der Nationalbank. — ²⁾ Einschließlich der freien Giro Guthaben ausländischer Institute betrug die Zunahme 1.740 Mill. S oder 6,4%.

Der *Aktienmarkt* stand bis Mitte Jänner im Zeichen einer kräftigen Hausse. Die Kurse stiegen von Mitte Dezember bis Mitte Jänner um 9,3%. Seither kam es zu einem leichten Rückschlag. Auf dem Rentenmarkt wurden im Dezember 53 Mill. S Pfandbriefe und Kommunalobligationen abgesetzt, davon stammten 14 Mill. S von Banken. Der Zinssatz für Pfandbriefe beträgt gegenwärtig 6 bis 6½%. Wenn nicht die Hypothekenanstalten zu niedriger verzinslichen Pfandbriefen übergehen, dürfte für private Zeichner wenig Anreiz bestehen, die vorgesehenen neuen Anleihen zu zeichnen, die nur 5½% Zinsen tragen werden.

Neuberechnung des Aktienkursindex

Der bisherige Aktienindex¹⁾ des Institutes mußte durch einen neuen ersetzt werden, da er Aktien verstaatlichter Unternehmen enthielt, die nunmehr zur Wertpapierbereinigung aufgerufen werden und allmählich aus dem Handel ausscheiden. Die Kurse der Aktien dieser verstaatlichten Unternehmungen wer-

den im neuen Index ab Mitte Mai 1954, als die Höhe der Entschädigung (bis auf die Aktien der Elektrizitätsunternehmungen) bekannt wurde, nicht mehr berücksichtigt. Ab diesem Zeitpunkt waren für die Kursentwicklung nicht mehr die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmungen und andere für die Kursbildung normalerweise entscheidende Faktoren, sondern die Entschädigungsquoten maßgebend. Aus dem gleichen Grunde wurden auch die nicht entschädigten Aktien aus der Berechnung ausgeschieden. Gleichzeitig wurden 10 neue Industrieaktien durch Verkettung in den Index aufgenommen; der neu berechnete Index enthält daher wieder 36 Aktien. Der neue Gesamtindex wurde mit dem früheren Gesamtindex, der Aktien verstaatlichter Unternehmungen enthielt, verkettet. Er repräsentiert 95% des Aktien-Nennkapitals der im amtlichen Verkehr gehandelten Aktien privater inländischer Industrieunternehmungen. Von einer Gewichtung der einzelnen Kurse mit dem Aktienkapital würde wie bisher abgesehen, da die ausgewiesenen Nominalwerte erst nach der Schillingeröffnungsbilanz vergleichbar sein werden.

Preise und Löhne

Dazu *Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8; 10.1*

Die Preisentwicklung ist gegenwärtig durch Verteuerungen von Rohstoffen gekennzeichnet, die sich immer stärker auch auf die Preise der Fertigwaren fortpflanzen. Einzelne wirtschaftspolitische Stellen haben sich daher zu direkten Maßnahmen entschlossen, die verhindern sollen, daß sich der Preisauftrieb verbreitert und vertieft. So versuchte man vor allem auf dem besonders empfindlichen Holzmarkt durch einschneidende Exporteinschränkungen das inländische Angebot zu erhöhen.

Die Preise auf den *internationalen Rohwarenmärkten*, die bereits seit Ende 1954 durch die internationale Konjunkturbelebung wieder leicht zu steigen begannen, erhielten Mitte Jänner durch die Formosakrise einen kräftigen Auftrieb. Besonders berührt wurden davon die strategischen Metalle sowie Kautschuk und Wolle, Waren, bei denen das Bestreben, größere Vorräte anzulegen oder diese spekulativ zurückzuhalten, sehr groß ist. Ganz erheblich trägt gegenwärtig auch der Mangel an Schiffsraum zur Preissteigerung bei. Dennoch scheint die „Formosahaussse“ nur sehr kurzlebig zu sein und schon Ende Jänner ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die von der Konjunktur bestimmte Festigkeit auf den meisten Warenmärkten wird aber voraussichtlich anhalten.

Infolge von Streiks in Rhodesien, die auf die erst vor kurzem beendeten Streiks in Chile und Nordame-

¹⁾ Zur Berechnungsmethode siehe Monatsberichte, Heft 10, Jg. 1949, S. 399 f.

rika folgten, erreichte der Kupferpreis Anfang Februar mit 340 £ Kassa seinen höchsten jemals erzielten Stand. Er war um rund 20% höher als der höchste Preis während der Koreaause und um 50% höher als der Preis vor einem Jahr.

Auch auf dem Wollmarkt hat sich im Jänner die Baissebewegung unabhängig von der Formosaause wieder umgekehrt. Neuerdings wurde Kakao wieder teurer, da brasilianische Ware vergriffen ist und die amerikanischen Käufe nach Westafrika verlagert werden. Die Weltmarktpreise für Kautschuk ziehen ebenfalls an.

Auf den internationalen Stahlmärkten hält die Preiskonjunktur an. Die Brüsseler Exportkonvention erhöhte abermals die Preise und neuerdings wurde auch SM-Stahl in Deutschland infolge der Schrotterpreiserhöhung um rund 3% teurer. Kanada und die USA haben im Jänner den Aluminiumexportpreis hinaufgesetzt.

Da sich die Preissteigerungen für Welthandels-güter vor allem auf die britischen Notierungen auswirkten, stieg der Reuter-Index von Anfang bis Ende Jänner um rund 2% und lag Ende Jänner 1955 um etwa 5% höher als vor einem Jahr. Hingegen hat sich der Moody-Index, der die Dollarnotierungen wiedergibt, nur wenig verändert.

Auf den *Inlandsmärkten* beginnen sich vor allem die steigenden *Rohholzpreise* auf die Produkte der nachverarbeitenden Industrie auszuwirken. Die Papierindustrie macht geltend, daß ihr derzeitiger Inlandspreis für Rotationspapier, der im März 1954 mit 340 S per 100 kg festgesetzt worden war, auf einer Kalkulationsgrundlage von 290 S per Festmeter Schleifholz erstellt wurde, während sie jetzt bereits 425 S bezahlen müsse. Das Papierkartell leitet daraus die Forderung nach einer Preiserhöhung um durchschnittlich 25% ab, allerdings will es sich vorerst noch gedulden und abwarten, wie sich die von der Regierung angekündigten Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Holzmarkte auswirken¹⁾. Die Papierindustrie weist weiters darauf hin, daß die gegenwärtigen Holzpreise bereits den Papierexport gefährden, da sie das Weltmarktpreisniveau zum Teil überschritten haben und in Skandinavien die Schleifholzpreise um 15% niedriger sind als in Österreich. Außer der Papierindustrie haben Bergwerke, Baugewerbe, graphische Industrie sowie Arbeiterkammer und Gewerkschaften energische Stabilisierungsmaßnahmen gefordert. Un-

¹⁾ Vor einem Jahr war die Situation ähnlich: Schleifholz hatte sich binnen Jahresfrist um 25% verteuert, auch andere Kosten waren gestiegen, so daß die Papierindustrie schließlich im März 1954 den Inlandspreis für Rotationspapier um 19%, für andere Papiersorten um 15 bis 23% erhöhte.

ter anderem wurde verlangt: Exportzoll für Holz, Aufhebung der Ausfuhrvergütung bei Holz, Einbeziehung von Holz in die amtliche Preisregelung und billigere Abgabe von Holz durch die Bundesforste. Die Papierverarbeiter, die durch die angekündigte Papierpreiserhöhung besonders betroffen würden, verlangten außerdem die Aufhebung des Schutzzolls für Papier: Je straffer und energischer ein Kartell seinen Markt regelt und seine Preise diktiert, desto stärker neigen die davon betroffenen Kreise dazu, an diesen Kartellpreisregelungen mitbestimmen zu wollen.

Die Regierung hat zwar die Forderungen nach Exportabgabe und amtlicher Holzpreisregelung abgelehnt, aber die Holzausfuhr stark gedrosselt und den Einfuhrzoll für Holz aufgehoben. Von besonderer Bedeutung ist, daß das Handelsministerium den Schnittholzexport einschneidender gekürzt hat, als der Bundesholzwirtschaftsrat ursprünglich geplant hatte. Nachdem es für Jänner und Februar 1955 das Schnittholzexportkontingent mit je 229.000 m³ festgesetzt hatte — gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 273.000 m³ im Jahre 1954 —, wurde es für März noch weiter, auf 180.000 m³, reduziert, das sind zwei Drittel des Monatsdurchschnitts 1954 und entspricht den Exportmengen der Jahre 1951 und 1952. Damit kommt zum Ausdruck, daß im Jahre 1953, das nach dem Programm des Bundesholzwirtschaftsrates als Richtjahr dienen sollte, der Schnittholzexport bereits überhöht war²⁾ (vor allem infolge der Wechselkursvereinheitlichung) und nicht mehr im Einklang mit den inländischen Aufbringungsmöglichkeiten und Markterfordernissen stand.

Diese einschneidende Kürzung des Holzexportes wird gewiß das inländische Angebot stärken und dadurch die Marktlage entspannen. Wenn diese Regelung in Kürze noch durch andere zweckentsprechende Maßnahmen ergänzt würde, könnte die *Papierpreiserhöhung* wahrscheinlich hintangehalten werden. Manche Anzeichen sprechen überdies für einen möglichen Umschwung auf dem deutschen Holzmarkt. Der Preisrückschlag könnte allerdings auch nur saisonbedingt sein oder eine Reaktion auf die übersteigerten Importe, die die geplanten österreichischen Exportrestriktionen ausgelöst hatten. In Deutschland sind überdies vor kurzem die Papierpreise infolge der Holzpreissteigerung um 5 bis 8% erhöht worden.

Landwirtschaft und Molkereien kündigten eine *Erhöhung des Milchpreises* um 8 bis 10 Groschen pro Liter an. Wohl würden dadurch die Lebenshaltungskosten monatlich nur um wenige Schillinge steigen: Nach dem Verbrauchsschema des Lebenshaltungs-

²⁾ Siehe Monatsberichte Heft 11, Jahrg. 1954, S. 324.

kostenindex für eine vierköpfige Wiener Arbeiterfamilie mit einem wöchentlichen Milchverbrauch von 8·76 Liter würde bei einer Verteuerung um 10 Groschen der wöchentliche Mehraufwand nur 88 Groschen, der monatliche knapp 3·80 S betragen. Ähnlich wie beim Papierpreis wäre jedoch ein für die Preis-Lohnstabilität abträglicher psychologischer Effekt zu erwarten.

Aus diesem Grunde hat die Wirtschaftspolitik von einer Erhöhung des Milchpreises zumindest vorläufig Abstand genommen. Von den Molkereien wurde die beabsichtigte Preiserhöhung mit dem Defizit des Milchausgleichsfonds und der Lohnforderung der Molkereiarbeiter begründet: Bei der letzten, mit der Auffettung der Milch verbundenen Preisfestsetzung im März 1953 wurde der Milchpreis von 2·04 S auf 2·12 S erhöht; dem Auffettungsgrad um 1/2% hätte jedoch eine Preiserhöhung von 14 Groschen pro Liter entsprochen, so daß der Milchwirtschaftsfonds den Molkereien den Differenzbetrag vergüten mußte. Das Defizit, welches hiedurch sowie durch verschiedene andere Stützungsaktionen entstand, wurde bisher durch eine einmalige Subvention von 20 Mill. S gedeckt. Auf welche Weise dieser Abgang in Zukunft gedeckt werden soll, ist noch nicht entschieden.

Unter dem Einfluß der steigenden Weltmarktpreise für Kupfer wurde auch der inländische *Kupferpreis* von 18.600 S auf 20.000 S pro *t* erhöht, da zur Ausnützung der Kapazität des Werkes Brixlegg neben den heimischen Erzen auch importiertes Ausgangsmaterial, vor allem Altkupfer, verwendet wird. Die steigende Preistendenz für Kohle und Erze im Ausland könnte überdies Rückwirkungen auf die österreichischen Inlandspreise für Eisen nach sich ziehen.

Gleichfalls unter Weltmarkteinflüssen stieg der *Kautschukpreis*, der nunmehr im Großhandel seinen höchsten Stand seit Anfang 1952, als die Koreahaussie abgeflaut war, erreichte. Auch von dieser Preissteigerung können Verteuerungen von Fertigwaren ausgehen. Die *Lederpreise*, die im vergangenen Frühjahr nachgegeben haben, ziehen neuerdings wieder an. Weiters sind in Oberösterreich die *Ziegelpreise* um 5 bis 20% erhöht worden.

Über die Preiserhöhungen für *Heizöl*, *Petroleum* und *Bitumen* durch die Sowjetische Mineralölverwaltung, die am 10. Jänner in Kraft trat, wurde bereits im letzten Heft berichtet. Hingegen wird nunmehr durch Aufhebung des „Sonderausgleichszuschlages“ ab 14. Februar der Preis für *Fahrbenzin* um 20 Groschen, der für *Gasöl* um 5 Groschen gesenkt. Das inländische wie auch das *Importbenzin* wird sich

somit um mehr als 5% verbilligen¹⁾. Möglicherweise wird auch *Koks* durch die Aufhebung des Zolls, der seit Mai 1954 mit 8% festgelegt war, billiger werden; doch steht dem die bevorstehende Erhöhung der deutschen *Kohlenpreise* entgegen.

Die *Schweinepreise* sind in letzter Zeit weiter gesunken, vor allem weil sie im Auslande seit November 1954 von 485 \$ auf 430 bis 455 \$ pro *t* gefallen sind. Anfangs Februar wurden auf dem Wiener *Schweinemarkt* zum ersten Male seit vielen Monaten wieder alle Qualitäten zum *Lebendgewichtpreis* verkauft, wobei nur für die besten Qualitäten der amtliche Höchstpreis von 14,- S pro *kg* Lebendgewicht erzielt wurde. Von den *Verbraucherpreisen* hat sich vorerst nur der für *Speck* stärker ermäßigt.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* stieg von Mitte Dezember bis Mitte Jänner um 0·6%. Zwar ging der *Teilindex* für *Nahrungs- und Genußmittel* infolge der *Verbilligung* von *Schweinefleisch* um 0·7% zurück, doch wurde dies durch die *Verteuerung* der *Industriestoffe* überkompensiert. Vor allem stiegen die *Preise* von einigen *Metallen* (*Kupfer*, *Blei*, *Nickel*), von *Textilrohstoffen*, *Leder*, *Kautschuk*, *Holz*, *Zellulose* und *Petroleum*. Die *Steigerung* des *Gesamtindex* gegenüber dem *Vorjahre* beträgt 6·3%; der *Teilindex* für *Nahrungs- und Genußmittel* lag um 7·3%, der für *Industriestoffe* um 5% über dem *Vorjahresstand*.

Der *Lebenshaltungskostenindex* des Institutes (berechnet nach einem *Normalverbrauchsschema* für eine *Wiener Arbeiterfamilie* mit 2 *Kindern*) stieg im *Berichtszeitraum* um 1·5%. Bei den *Nahrungsmitteln* wurden *Verbilligungen* von *Speckfilz* und einigen *Fleischwaren* vor allem durch das *saisonbedingte Steigen* des *Gemüsepreises* (*Spinat*) leicht überwogen. Bei den übrigen *Aufwandsgruppen* wirkten sich die *Preiserhöhungen* für *Holz* und *Holzwaren* (3 bis 4%), *Friseurleistungen* und *Kinokarten* aus: der *Aufwand* für „*Nahrungs- und Genußmittel*“ erhöhte sich um 2%, für „*Bildung und Unterhaltung*“ um 5·7%, für „*Reinigung und Körperpflege*“ um 1·7%, für „*Haushaltsgegenstände*“ um 1% und für „*Beheizung und Beleuchtung*“ um 0·1%.

Schaltet man die *Saisonbewegung* aus, so erhöhte sich der *Lebenshaltungskostenindex* im *Jänner* um 0·6%.

Trotz der *Steigerung* des *Lebenshaltungskostenindex* ist der *Preisvorsprung* gegenüber dem *Vorjahre*

¹⁾ Der besagte Zuschlag hatte drei Jahre lang (ab April 1952) einen *Fonds* gespeist, aus dem *Shell*, *Socony Vacuum*, die *Rohölförderungs A. G.* und die *Firma van Sickle* (alle vier stehen unter *russischer Kontrolle*) zum *Ausgleich* von *Forschungskosten* subventioniert wurden.

erheblich geringer geworden. Während der Lebenshaltungskostenindex im Dezember 1954 noch um 3% höher war als ein Jahr vorher, war er im Jänner 1955 nur noch um 0,6% höher als im Jänner 1954. Das erklärt sich aber ausschließlich daraus, daß in den ersten Monaten des Jahres 1954 die Gemüsepreise wegen des Frostwetters besonders stark gestiegen waren, während sie sich heuer normal entwickelten, und daß Bahntarife und Zigarettenpreise im Jänner des Vorjahres erhöht wurden.

Löhne und Gehälter änderten sich im abgelaufenen Monat nur wenig, da die überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmer bereits Erhöhungen erzielt hat. Nur kleinere Gruppen von Arbeitern und Angestellten, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden, erzielten Steigerungen ihrer kollektivvertraglichen Sätze: So stiegen die Löhne für Speditionsarbeiter (ausgenommen Wien) um 7%, für Handschuhmacher und Säckler um 7% und 5%; ähnlich stark erhöhten sich auch die Löhne in verschiedenen Nahrungsmittelgewerben. Mit Jahresbeginn wurden auch die Gehälter der Angestellten bei landwirtschaftlichen Genossenschaftskassen um 9 bis 10% erhöht.

Eine grundsätzliche Einigung über die Erhöhung der Nebenbezüge wurde mit den Wiener Gemeindebediensteten erzielt. Als vorläufiger Pauschalvorschuß auf diese Regelung wurden im Jänner 200 S ausbezahlt.

Gegenwärtig sind vor allem folgende Forderungen anhängig: Die Handelsangestellten, die im Frühjahr 1954 einen halben 14. Gehalt durchgesetzt hatten, verlangen eine Erhöhung der Effektivgehälter um 10%, wobei 4% auf die geforderte Ergänzung auf einen vollen 14. Monatsgehalt entfallen. Eine gleichartige Forderung liegt von den Speditionsangestellten vor, die im Vorjahre die gleiche Regelung wie die Handelsangestellten erzielt hatten. Auch die Handelsarbeiter, deren Löhne im Vorjahr nur um 3% erhöht worden sind, verlangen nun eine Aufbesserung um 10%. Die Angestellten im Werbewesen stellen gleichfalls Gehaltsforderungen. Angekündigt ist ferner die Forderung der Molkereiarbeiter auf eine 12%ige Lohnerrhöhung sowie einen 14. Monatsgehalt.

Die Senkung der Lohnsteuer ab 1. Jänner 1955 wirkte sich auf den *Index der Arbeiternettotariflöhne in Wien* (für Verheiratete mit 2 Kindern) nur geringfügig aus (+0,1%), da die Steuerbelastung in jenen Kategorien bereits relativ gering war.

Ab 1. Jänner 1955 wird die Kinderbeihilfe, die bisher 105 S pro Kind und Monat betragen hat, nach Kinderzahl gestaffelt: für das 3. und 4. Kind beträgt sie nunmehr monatlich 150 S, für jedes weitere Kind

200 S. Weiters wird von nun an die Beihilfe auch an selbständig Erwerbstätige gewährt.

Gleichfalls ab Jahresbeginn werden die Renten in der Invalidenversicherung und in der Unfallversicherung, sofern sie 538 S im Monat übersteigen, entnivellierend aufgewertet. Die Regelung ist jener analog, die bereits vor einigen Monaten, rückwirkend ab 1. Jänner 1954, für Rentner der Angestellten- und Bergarbeiterversicherung getroffen wurde¹⁾.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.10

Das Angebot an inländischem *Brotgetreide* war im Dezember um 11% (Weizen 7%, Roggen 15%) niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres. Im 2. Halbjahr 1954 brachte die Landwirtschaft 275.196 t auf den Markt, um 78.646 t (22%) weniger als im 2. Halbjahr 1953. Die Weizenmenge war um 19%, die Roggenmenge um 27% kleiner. Niederösterreich, Wien, das Burgenland und die Steiermark lieferten nach der letzten Ernte relativ mehr Weizen, Oberösterreich mehr Roggen als im Vorjahre. Kärnten, Tirol und Vorarlberg brachten im 2. Halbjahr auch absolut mehr Getreide als im 2. Halbjahr 1953 auf den Markt, doch fällt ihr Angebot nicht ins Gewicht.

Marktleistung an Brotgetreide¹⁾

	1. Juli bis 31. Dezember 1954			2. HJ. 1953 = 100		
	Weizen	Roggen	Insges.	Weizen	Roggen	Insges.
Niederösterreich, Wien						
u. Burgenland	137.771	79.498	217.269	83	69	77
Oberösterreich	21.721	24.253	45.974	66	92	77
Salzburg	330	1.290	1.620	64	78	75
Steiermark	3.678	2.091	5.769	91	67	81
Kärnten	2.675	1.841	4.516	153	110	132
Tirol u. Vorarlberg	33	15	48	183	56	107
Osterreich insges.	166.208	108.988	275.196	81	73	78

¹⁾ Q: Getreideausgleichsfonds.

Obwohl der Ertrag an Brotgetreide im Jahre 1954 mit 832.000 t um 83.000 t oder 11% höher angenommen wurde als im Jahre 1952, war die Marktleistung nach der letzten Ernte bis Ende Dezember nur um 1% größer. Dies dürfte teils darauf zurückgehen, daß man auch Getreide verfüttern mußte, soweit es durch Hochwasser im Sommer stark gelitten hatte. Vielleicht war aber auch der Ernteertrag in Wirklichkeit etwas niedriger, als bisher angenommen wurde.

Der Vorrat an Brotgetreide bei den Mühlen betrug Ende Dezember 129.000 t (79.000 t Weizen, 50.000 t Roggen). Er deckt den Mahlbedarf für 65 Tage. Mit den Beständen in Sperr- und Silolagern waren rund 180.000 t Brotgetreide vorrätig, das ist

¹⁾ Siehe Monatsberichte Heft 6, Jg. 1954, S. 168.

der Mahlbedarf von 3 Monaten. (Ende Dezember 1953 hatten die Vorräte [318.939 t] noch für länger als 5 Monate gereicht.) Da der Verbrauch an Weizenbrotmehl in den letzten Monaten zugenommen hat, wurde Brotmehl zeitweise knapp. Die Mühlen verlangten, daß der Anteil des Brotmehls bei der Weizenvermahlung von 13 auf 20% erhöht werde. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft entschloß sich jedoch, 3.000 t Weizenbrotmehl zu importieren, um nicht das finanzielle Gleichgewicht im Mühlenausgleichsverfahren zu gefährden, das Brotmehl [aus Roggen und Weizen] auf Kosten von Weizenkochmehl verbilligt.

Lager an Brotgetreide¹⁾

Zeit	Weizen			Roggen	
	Mühlen-lager	Sperr-lager	Silo-lager	Mühlen-lager	Silo-lager
			1.000 t		
31. XII. 1952.....	60'3	49'1	15'9	74'4	29'3
31. XII. 1953.....	73'0	96'9	63'7	42'7	26'2
31. XII. 1954.....	79'0 ²⁾	26'0	24'0	49'9 ²⁾	—

¹⁾ Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. — ²⁾ Vorläufige Angaben.

Dank dem Import von 42.469 t Mais und 14.207 t sonstiger Futtermittel im Dezember konnte die Verknappung bei *Futtergetreide* vorübergehend behoben werden. Infolge erhöhter Auslandspreise mußten aber größere Stützungsbeträge flüssig gemacht werden. Obwohl der Verbrauch mit 50.000 t Auslandsgetreide mehr als doppelt so hoch war wie im Dezember 1953, gelang es, den Lagerbestand auf 25.000 t (=151% des Vorjahresstandes) aufzufüllen. An Kleie und Futtermehl lagerten zum Jahresende 5.000 t und an Ölkuchen 7.000 t, gegen 7.836 t und 10.879 t zu Jahresende 1953. Ölkuchen will man noch so lange verbilligt abgeben, als die Vorräte, für die bereits Subventionen geleistet wurden, reichen; voraussichtlich werden sich die Preise für Ölkuchen erst im März oder April erhöhen.

Im Dezember lieferte die Landwirtschaft um 4% weniger Milch an die Molkereien als im Dezember 1953. An Butter und Käse erzeugten die Molkereien um 12% und 13% weniger. Daher mußte die Rückgabe von Magermilch an die Landwirtschaft auf 16% der gelieferten Milchmenge beschränkt werden, obgleich teilweise auch Trockenmilch herangezogen wurde. Im November konnten noch 154 t Butter und 182 t Käse ausgeführt werden, im Dezember mußte man Butter einführen. Da der geringeren Produktion ein erhöhter Verbrauch von Milch und Milchprodukten gegenübersteht, werden Erzeugung und Export von Butter und Käse im 1. Halbjahr 1955 vermutlich stärker zurückgehen.

Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß sich das Defizit des Milchwirtschaftsfonds (16'2 Mill. S im Jahre 1954) durch Einschränkungen der Butterproduktion fühlbar verringern wird. Wohl bringt die Erzeugung von Butter den Molkereien Verluste; auf der anderen Seite aber werden die Kapazitäten der Betriebe bei kleineren Verarbeitungsmengen nicht entsprechend ausgenützt, so daß auch die fixen Kosten je Liter verarbeiteter Milch steigen. Die Sanierung des Milchwirtschaftsfonds ist gewiß schwierig, doch stehen grundsätzlich zwei Wege offen: erstens eine Erhöhung des Milchpreises und der Verarbeitungsspannen, zweitens eine weitere Rationalisierung der Milchverarbeitung. Der zweite Weg ist von einigen nordeuropäischen Staaten mit Erfolg beschritten worden; er würde in Österreich die Stilllegung von kleinen, unrentablen Molkereien und eine Konzentration der Milchverarbeitung in größeren Betriebs-einheiten notwendig machen.

Im Jänner war die *Versorgung Wiens mit Vieh und Fleisch* aus dem Inland im ganzen etwas günstiger als im Dezember. Es wurden im Wochendurchschnitt 1% mehr Rinder und 2% mehr Schweine angeliefert, Kälber jedoch 8% weniger. Mit Jänner 1954 verglichen waren die Inlandszufuhren aber durchwegs niedriger, und zwar bei Rindern um 1%, Schweinen um 23%, Kälbern um 16% und bei Fleisch und Fleischwaren um 9%. Da pro Woche jedoch noch 2.450 Schweine aus dem Ausland bezogen wurden, blieb der Auftrieb an Schweinen nur um 3% hinter dem Vorjahr zurück. Gegenüber Dezember 1954 war das gesamte Angebot an Fleisch aus dem In- und Ausland im Wochendurchschnitt um 12%, gegenüber Jänner 1954 um 4% niedriger. Da auch die Nachfrage nach Fleisch infolge rückläufiger Beschäftigung schwächer war, blieben die Preise stabil.

Die bisherigen Einschränkungen des *Holzexportes* vermochten den Markt nicht zu entspannen. Im Dezember stiegen die Preise für Sägerundholz und Schleifholz (Steiermark) erneut um 4% und 1% und im Jänner 1955 um 1% und 6%. Die Exportkontingente für Schnittholz wurden daher mit 229.000 m³ (Februar) und 180.000 m³ (März) begrenzt. (Im November 1954 sind 266.000 m³ und im Dezember 271.000 m³ Nadelschnittholz ausgeführt worden, der Monatsdurchschnitt betrug i. J. 1954 273.399 m³, i. J. 1953 226.962 m³.) Überdies soll die Exportsperr für Rundholz nunmehr rigoros durchgeführt werden. Auch eine Kürzung des Exportes von bezimmertem Bauholz, Zellulose und Holzstoff wird erwogen.

Im Jahre 1954 wurden nach vorläufigen Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fast 11 Mill. *fm* Derbholz geschlägert, 1 Mill. *fm* oder 12% mehr als im Jahre 1953. Über 1 Mill. *fm* Holz wurde im Jänner 1955 durch Stürme geworfen (400.000 *fm* in Niederösterreich, 300.000 *fm* in Oberösterreich, 200.000 *fm* in Salzburg, 250.000 *fm* in Tirol und Vorarlberg). Zumeist handelt es sich um stärkeres Holz in hiebreifen Beständen. Im Hügelland wurden die Stämme nur wenig beschädigt, im Gebirge sind sie jedoch überwiegend gebrochen und aufgesplittert. Die Holzverarbeitende Industrie erwartet, daß dieses Holz außer dem normalen Einschlag zur Verfügung steht, so daß sich der Markt entspannen wird. Wahrscheinlich wird man aber den Einschlag entsprechend einschränken. Dies allein schon deshalb, weil die Arbeitskräfte fehlen, um das geworfene Holz aufzuarbeiten und gleichzeitig die Fällung im bisherigen Umfang weiterzuführen.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Der milde Winter hat die Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit Brennstoffen und elektrischer Energie sehr erleichtert. Die Stromversorgung bot keine Schwierigkeiten, weil die Wasserkraftwerke weit mehr liefern konnten, als auf Grund der langjährigen Durchschnitte zu erwarten gewesen wäre. Die in einem strengen Winter zu befürchtenden Engpässe bei der Dampfstromversorgung wurden heuer nicht akut. Kohle stand aus heimischer Erzeugung und aus Importen ausreichend zur Verfügung. Nur an bestimmten Sorten, vor allem an polnischer Kohle, herrschte vorübergehend Mangel. Die Lage auf dem Heizölmarkt hat sich noch nicht entspannt, weil noch kein Weg gefunden wurde, den hohen Importpreis auf das Niveau des Inlandspreises herabzuschleusen, obwohl dieser inzwischen erhöht wurde.

Der heimische Kohlenbergbau hat auch im Dezember die bisherige hohe Förderung halten können. Die Zuwachsrate der Förderung wird allerdings allmählich geringer, weil die Gruben voll ausgelastet sind und Mehrleistungen auf Grund von Rationalisierungen verhältnismäßig beschränkt sind. Im III. Quartal 1954 wurden noch um 16%, im IV. Quartal nur noch um 11% mehr Braunkohlen gefördert als in den gleichen Quartalen des Vorjahres. Im Dezember war der Vorsprung gar nur 7%.

Die Jahresförderung war im Jahre 1954 mit 6,3 Mill. *t* Braun- und 173.000 *t* Steinkohle um 13% und 7% größer als 1953. Mit dieser Leistung wurden die seinerzeit in der Planung des Kohlenbergbaus gestellten Ziele beträchtlich überboten. Der Anteil der

heimischen Kohle an der Gesamtversorgung der österreichischen Wirtschaft hat sich gegenüber 1953 — wiewohl auch die Einfuhr stark zugenommen hat — geringfügig erhöht. Im Jahre 1953 stammten (auf SKB gerechnet) 39%, im Jahre 1954 40% aller verbrauchten Kohle aus dem Inlande.

Die Importe stießen teilweise auf Schwierigkeiten, weil die später nachgefragten Mengen beträchtlich über die im Frühjahr abgeschlossenen Rahmenbestellungen hinausgingen.

Die übergroßen Haldenbestände in den westeuropäischen Revieren wurden in den letzten Monaten abgebaut, ernste Verknappungen sind aber bisher nicht vorgekommen. Käme es zu Störungen, könnten sie durch höhere Bezüge amerikanischer Kohle behoben werden.

Im Jahre 1954 hat Österreich um 10% mehr Kohle (SKB) importiert als im Jahre 1953. Die Steinkohlen- und Kokseinfuhr hat um 12% und 16% zugenommen, während die Braunkohleneinfuhr im Interesse des Inlandbergbaues sogar um 8% eingeschränkt wurde. Nur die Bezüge aus Jugoslawien machten eine Ausnahme. Die Mehreinfuhr von Steinkohle stammte aus Westdeutschland und den USA, während aus Polen nur annähernd gleich viel und aus dem Saargebiet und aus der Tschechoslowakei sogar erheblich weniger importiert wurde.

Die Gesamtnachfrage nach Kohle war i. J. 1954 um 12% größer als i. J. 1953. Alle Hauptverbraucher haben mehr bezogen, und zwar die Bahnen um 1%, die Kraftwerke um 43%, die Industrie um 6%, die Kokerei in Linz um 25% und die Hausbrandbezieher um 14%. Nur die Gaswerke schränkten ihre Bestellungen um 6% ein.

Infolge des ungewöhnlich niederschlagsreichen Wetters konnten die Wasserkraftwerke bis Jahresende überdurchschnittlich viel Strom produzieren. Im Dezember lag ihre Erzeugung mit 433 Mill. *kWh* um 48% über der des Vorjahres und um 16% über dem Regeljahr (errechnet aus dem langjährigen Durchschnitt der Wasserführung). Die Dampfkraftwerke mußten daher bei weitem nicht voll eingesetzt werden. Sie lieferten im Dezember 174 Mill. *kWh*, gegen 278 Mill. *kWh* im Dezember 1953.

Die Zuwachsrate des Stromverbrauches geht allmählich auf ein normales Maß zurück. Im Dezember war der Gesamtverbrauch nur noch um 8% höher als im Vorjahre, während er bis zum Herbst noch bis zu 15% höher gewesen war.

Nach den bisher vorliegenden vorläufigen Zahlen war die gesamte Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke (einschließlich der Einspeisung von Industrieanlagen in das öffentliche Netz) im Jahre 1954

um 12% größer als im Jahre 1953. Während die Wasserkraftwerke um 14% mehr erzeugten, mußten die Dampfkraftwerke nur um 7% mehr erzeugen. Stromimport und -export nahmen um 14% und 11% zu, während der heimische Verbrauch im Jahresdurchschnitt um 13% größer war.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Der überwiegende Teil der Industrie war in der Weihnachtssaison ausgezeichnet beschäftigt. Nur in einigen Zweigen wurde die Produktion saisonbedingt eingeschränkt. Je mehr Kapazitäten aber voll ausgelastet werden, desto schwächer werden Ausmaß und Tempo der Produktionsausweitung. Die Grenzen der Expansion sind sehr nahe gerückt. Jetzt kommt es darauf an, daß dieser ungewöhnlich hohe Grad von Beschäftigung und Kapazitätsausnutzung möglichst lange erhalten bleibt. In den letzten beiden statistisch erfaßten Monaten (Oktober und November) lag der Produktionsindex nur noch um 10% und 13% höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres, während er im Durchschnitt des III. Quartales noch um 18% höher war.

Auch die Produktivitätsreserven — die bisher die wichtigste Quelle der Produktionsausweitung waren — erschöpfen sich allmählich. Im Oktober und November war der Produktivitätsindex des Institutes im Durchschnitt nur noch um 6% höher als in den beiden gleichen Monaten des Vorjahres, während er in den Sommermonaten durchschnittlich um 13% höher lag. Die großen Neuinvestitionen, die bis 1953 gemacht wurden, haben inzwischen die Anlaufschwierigkeiten überwunden und nützen ihre technischen Vorteile weitgehend aus. Die hohe Kapazitätsausnutzung in den meisten Industrien beansprucht nun das vorhandene Arbeitskräftepotential der Betriebe voll, während zu Beginn des Konjunkturaufschwunges vielfach mehr Arbeitskräfte beschäftigt wurden, als für die damalige Produktion rationell unbedingt nötig waren. Im Verlaufe der Herbstsaison erreichte auch die Überstundenarbeit in vielen Industriezweigen einen kaum mehr zu überbietenden Höchststand. Eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit ist in der Zukunft nicht wahrscheinlich, weil abgesehen von gesetzlichen und kollektivvertraglichen Beschränkungen der Arbeitszeit auch die Kostensteigerungen untragbar würden. Viele Fertigwaren, vor allem die liberalisierten, stehen unter so starkem Preisdruck, daß lohnintensive Erzeugnisse in Überstundenarbeit kaum konkurrenzfähig hergestellt werden können.

Die Investitionstätigkeit der Industrie wird sich daher in Zukunft wahrscheinlich noch mehr als bis-

her auf die kurzfristige Rationalisierung konzentrieren. Das wieder nur für ein Jahr verlängerte Exportförderungsgesetz mit der bevorzugten Abschreibung von Investitionen wird diese Tendenz noch verstärken, weil längerfristige Investitionsprojekte unter diesen Umständen zu riskant sind. Von den Unternehmern wird bedauert, daß ein Transfer der für Investitionen verfügbaren Mittel zwischen den Unternehmungen nach wie vor unmöglich bleibt, so daß die Selbstfinanzierung zum Schaden der Kapitalmarkterrichtung bis zu bedenklichen Maßen wachsen könnte, weil die geltende Investitionsbegünstigung nicht immer eine zweckmäßige Verwendung der Erträge im eigenen Unternehmen sichert. Solange aber die Mittel überwiegend für die Rationalisierung des Produktionsapparates verwendet werden, bleibt das Risiko von größeren Fehlinvestitionen gering.

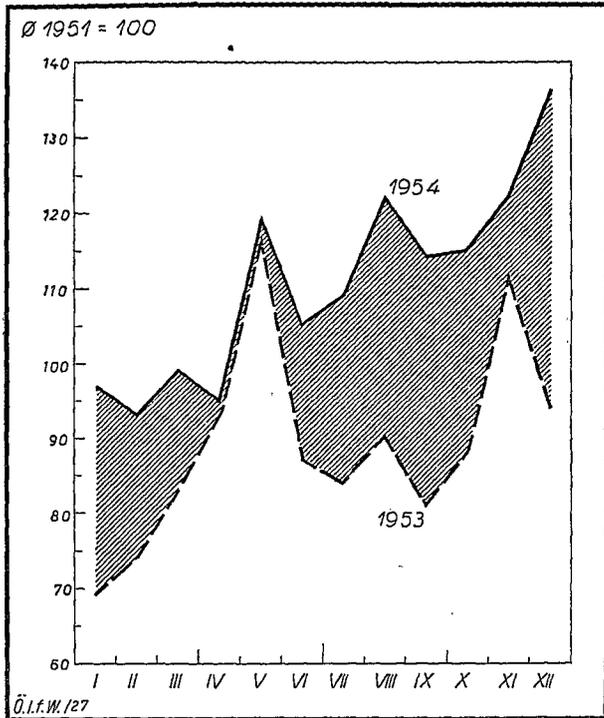
Es ist anzunehmen, daß im Laufe des Jahres 1955 vor allem die ertragreichen Betriebe der Fertigwarenindustrien ihre Produktion rationeller gestalten, gleichzeitig aber auch ihre Kapazität in gewissen Grenzen erhöhen werden. Bei nicht allzu stürmischer Nachfrageentwicklung sollte deshalb die Produktion in diesen Sektoren auch in nächster Zukunft noch mit der zunehmenden Nachfrage Schritt halten können.

Die besonders kapitalintensiven Grundstoffindustrien können dagegen — sofern sie ebenfalls schon die Kapazitätsgrenze erreicht haben — kaum mit ähnlichen Voraussetzungen rechnen. Hier erstrecken sich kapazitätserweiternde Investitionen zumeist über mehrere Jahre. Sie können außerdem nicht aus den laufenden Erträgen der Betriebe finanziert werden. In diesen Sektoren könnten aber Verknappungen auf dem Inlandsmarkt zumeist durch Einschränkung der Exporte behoben werden. In den meisten Grundstoffindustrien ist die Exportquote gegenwärtig ungewöhnlich hoch.

Auf den Rohstoffmärkten hat schon im Frühjahr die Nachfrage stark zugenommen. Der Index der Rohstoffimporte war im 2. Halbjahr 1954 um 19% höher als im ersten und um 31% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Dezember erreichte er mit 136 (1951=100) seinen bisher höchsten Stand. Gleichzeitig nahmen die Bestellungen der Eisenverbraucher bei den heimischen Eisenwerken sprunghaft zu. Holz wurde auf dem Inlandsmarkt zur Mangelware.

Diese Nachfragesteigerung ist nur zum Teil durch die Zunahme des Produktionsvolumens der verarbeitenden Industrien bedingt. Vielfach wurden auch die Rohwarenlager wieder aufgefüllt. Das Vorseilen der Rohwarenkäufe vor der Produktion läßt aber darauf schließen, daß die gegenwärtig spekula-

Entwicklung der Rohstoffeinfuhr 1953 und 1954 (Normaler Maßstab; 1951 = 100)



Die Rohstoffimporte nahmen schon seit der Jahresmitte 1954 stark zu. Im zweiten Halbjahr waren sie um 19% höher als im ersten und um 31% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Dezember erreichten sie einen neuen Rekordstand.

tiv überhöhten Bestellungen allmählich wieder auf ein normales Maß zurückgehen werden, auch wenn die Produktion auf dem höheren Niveau verbleibt.

Im Jahre 1954 wurden um 24% mehr Rohstoffe (ohne Kohle) importiert als im Jahre 1953. Am stärksten haben die Einfuhren von tierischen und pflanzlichen Rohstoffen (um 54%), von chemischen Roh- und Grundstoffen (32%), Farb- und Gerbstoffen (31%) und Kautschuk (21%) zugenommen. Die Einfuhr von Textilrohstoffen nahm zwar nur um 17% zu; wegen ihres hohen Anteiles an der gesamten Rohstoffeinfuhr (rund ein Drittel) fiel aber ihr Anteil an den Mehreinfuhren mit über einem Viertel am stärksten ins Gewicht.

Die heimischen Papierfabriken mußten teilweise zur Überbrückung von Engpässen ausländische Vormaterialien einführen, die im Jahre 1953 noch ausreichend im Inlande verfügbar waren. Allein auf diese Produkte entfielen 10% der gesamten Mehrimporte an Rohstoffen gegenüber 1953. Etwa in der gleichen Größenordnung wurde die Importbilanz durch höhere Importe von Erdölprodukten belastet. Während im Jahre 1953 auf Grund ausreichender Inlandsversorgung nur einige Spezialprodukte — wie hochwertige Öle — importiert wurden, nahm 1954

nach der Liberalisierung vor allem der Benzinimport sprunghaft zu. Benzin stand zwar auch weiterhin aus der Inlandsproduktion reichlich zur Verfügung, doch konnte Importbenzin etwas billiger auf den Markt gebracht werden.

Niedrigere Einfuhren als im Jahre 1953 wurden nur bei Erzen und Schrott (um 6%) verzeichnet, weil hier die heimische Aufbringung, trotz steigendem Bedarf einen höheren Anteil des Verbrauches decken konnte.

Der saisonbereinigte Produktionsindex war im November mit 201 (1937 = 100) um 13% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Beschäftigung in der Industrie hat gegenüber dem gleichen Monat nur um 6% zugenommen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Industrie — abgesehen von ausgesprochen saisonabhängigen Zweigen — auch in den Wintermonaten ein verhältnismäßig hohes Produktionsvolumen aufrechterhalten konnte.

Der Index der Bergbauproduktion ging im Dezember saisonbedingt etwas zurück, war aber noch immer um 5% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Durchschnitt des Jahres 1954 förderten die Bergbaubetriebe um 10% mehr als i. J. 1953. Vor allem stieg die Kohlenförderung, während der Abbau von Eisenerzen sogar leicht zurückging. In den übrigen, allerdings weniger bedeutenden Zweigen des Bergbaues hat die Produktion fast durchwegs stärker zugenommen, und zwar bei Graphit, Kaolin und Talkum um 19%, 23% und 21% und bei Quarzit, Blei-Zink- und Kupfererz um 22%, 8% und 4%.

Die Magnesitindustrie ist hauptsächlich mit Exportaufträgen noch immer gut beschäftigt, konnte aber im Jahre 1954 ihre Erzeugung nicht mehr steigern. Während die Nachfrage nach Sintermagnesit und kaustisch gebranntem Magnesit stärker zunahm, mußte die Erzeugung von Magnesitsteinen eingeschränkt werden.

Die eisenschaffende Industrie steht derzeit an der Spitze der besonders florierenden Industriezweige. Auf den Exportmärkten herrscht nach wie vor Preis- und Mengenkonzunktur. Seit dem Herbst 1954 — damals setzte die Konjunktur in ganz Europa ein — sind die Exportpreise zum Teil um mehr als 20% gestiegen. Besonders bei Walzwaren, die wegen der großen Erzeugungskapazitäten in Österreich ausreichend für Exporte verfügbar sind (Grob- und Feibleche, Walzdraht), haben Nachfrage und Preise stark zugenommen. Selbst im Jänner, dem saisonmäßig schwächsten Monat, hat sich die Lage nicht entspannt. Man rechnet allgemein damit, daß im Frühjahr die Preise weiter steigen und das Walzmaterial knapper werden wird. Vielfach liefern europäische

Werke schon jetzt nur noch mit Fristen von sieben bis neun Monaten, sofern sie überhaupt noch Bestellungen annehmen.

Auch die heimischen Kunden fragen seit dem Herbst mehr Walzware nach. Die Bestellungen waren in den letzten drei Monaten, für die statistische Unterlagen vorliegen (September bis November), um 161% größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Auch das Roheisenexportgeschäft dürfte bald wieder stärker in Fluß kommen. Die beiden einzigen Länder, die in größerem Umfange Roheisen ausführen, sind Österreich und Belgien. Die Sowjetunion, die Anfang 1954 größere Mengen auf dem europäischen Markt anbot und damals die Preise stark drückte, hält gegenwärtig mit Angeboten zurück.

Die Roheisenpreise haben in den letzten Monaten ebenfalls um 20% angezogen.

Der Index der *Metallhütten* ist im November wegen einer saisonbedingt stärkeren Einschränkung der Aluminiumerzeugung um 23% gesunken und war damit etwas niedriger als vor einem Jahr. Blei- und Kupfererzeugung blieben auf der gewohnten, durch die Kapazität der Anlagen begrenzten Höhe.

Die *Gießereiindustrie* war bis Jahresende annähernd voll beschäftigt, weil die nachgelagerten Industrien florierten und reichlich Aufträge eingingen. Im Durchschnitt der Monate September bis November war der Produktionsindex um 23% höher als im Vorjahre und erreichte neue Rekordhöhen. Vielfach konnten die Betriebe die dringendsten Bestellungen nur in Überstunden termingerecht erfüllen. Da noch immer viele und große Aufträge vorliegen, wird heuer die Beschäftigung in den Wintermonaten weit höher liegen als in früheren Jahren.

Auf dem *Fahrzeugmarkt* nahm die Nachfrage, ganz im Gegensatz zum Saisonverlauf, bis Jahresende sprunghaft zu. Die Konjunktur erstreckt sich nicht nur auf die liberalisierten und durch die Zollsenkung begünstigten Produkte — wie vor allem Personenkraftwagen —, sondern auch auf die heimische Erzeugung. Der Produktionsindex steigt seit Beginn des Jahres 1954 steil an und erreichte gegen Jahresende Rekordhöhen. Im Durchschnitt September bis November war er um 44% höher als im Vorjahre.

Die Einfuhr von Personenkraftwagen hat seit der Zollsenkung alle Erwartungen weit übertroffen. Im Dezember, dem saisonüblich schwächsten Monat, wurden fast 4.300 Pkw importiert, gegen 3.100 im November und 2.800 im Oktober. Im IV. Quartal 1953 wurden insgesamt nur 1.800 Wagen importiert.

Auch die Nachfrage nach Lastwagen, Traktoren und Autobussen war bis Jahresende ungewöhnlich rege. Offenbar machten verhältnismäßig viele Firmen

in Anbetracht des guten Geschäftsganges von der Möglichkeit der vorzeitigen Abschreibung Gebrauch und modernisierten ihren Fahrpark.

Die *Maschinenindustrie* profitiert weiter von der wieder geweckten Investitionsneigung der Unternehmer. Die Auftragsbestände haben noch bis Jahresende zugenommen und sichern auch in den Wintermonaten eine hohe Beschäftigung. Die Produktion liegt in allen Sparten beträchtlich über der in den Vorjahren. Von Jänner bis November produzierte die Maschinenindustrie um 10%, im Durchschnitt der Monate September bis November aber schon um 19% mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1953. Kapazitätsreserven sind, abgesehen von wenigen Sparten, wie z. B. der Landmaschinenindustrie, nur noch bei kleineren und weniger rationell arbeitenden Betrieben vorhanden. Die Mittel- und Großbetriebe der Maschinenindustrie sind fast ausnahmslos voll ausgelastet. Vielfach wird auch bereits über fühlbaren Mangel an Facharbeitern geklagt.

In der *Eisen- und Metallwarenindustrie* ist die Produktion zwar ebenfalls zufriedenstellend und im Spätherbst beträchtlich über die des Vorjahres gestiegen. Die Entwicklung ist aber nicht einheitlich: einzelne Sparten, z. B. die Sensenindustrie, sind chronisch unterbeschäftigt und werden auch von einem weiteren Konjunkturanstieg nicht stark berührt werden.

Der Produktionsindex der *Elektroindustrie* ist seit dem Sommer übersaisonmäßig stark gestiegen und hat im November mit 263 (1937 = 100) einen neuen Rekordstand erreicht, der um 43% über dem gleichen Vorjahresmonat liegt. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Konsumgütern der Elektroindustrie und die zu erwartenden großen öffentlichen Investitionen, vor allem im Kraftwerksbau, werden auch im Jahre 1955 eine hohe Beschäftigung sichern. Auch der Export, der sich allerdings auf wenige, zumeist große Firmen, beschränkt, wird kaum nachlassen.

Im einzelnen war im November die Produktion um folgende Prozentsätze größer als im Jahr vorher: Bleikabel 78%, isolierte Leitungen 62%, Glühlampen 72%, Radioapparate 19%, elektrische Apparate (Nieder- und Hochspannung) 15%, Elektroherde und -speicher 123% und 93%.

Die *holzverarbeitende Industrie* ist ausgezeichnet beschäftigt und kennt kaum Absatzsorgen. Dagegen wird über die schwierige Beschaffung von Roh- und Schnittholz geklagt. In allen Sparten lag die Produktion in den letzten Monaten des Jahres 1954 weit über der von 1953. Im November betrug die Produktionssteigerung gegenüber dem gleichen Monat

des Vorjahres bei Furnieren 31%, Sperrholz 90%, Paneelplatten 66% und Spezialmöbeln 21%.

Der Index der *Baustoffindustrie* ging im November saisonbedingt um 19% zurück, war aber noch immer um 27% höher als im November 1953. Die Nachfrage nach Baustoffen war bis Jahresende ungewöhnlich rege, weil auch die Bautätigkeit, durch das gute Wetter begünstigt, verhältnismäßig rege blieb.

Falls die öffentlichen Bauten im Frühjahr wie üblich rasch vergeben werden, wird eine Überbeschäftigung der Bauwirtschaft im Sommer kaum zu vermeiden sein. Auch Baumaterial wird knapp werden. Die Lager wurden bis Jahresende geräumt.

Auch die *chemische Industrie* hat die Herbstsaison ausgenutzt. Die Produktion erreichte im November mit 261 (1937 = 100) einen neuen Rekordstand. Besonders gut beschäftigt ist die Kautschukindustrie, die von der sprunghaften Motorisierung begünstigt wird. Im November produzierte sie um 14% mehr als im November 1953.

In der *Glasindustrie*, die beträchtliche Überkapazitäten aufweist und zu großem Teil auf Exporte angewiesen ist, hat besonders die Nachfrage nach Hohlglas stark zugenommen. In den letzten drei Monaten, für die statistische Angaben vorliegen (September bis November), wurden um 26% mehr Hohlglaswaren erzeugt als in der gleichen Zeit des Jahres 1953. Auch die Erzeugung von optischem Glas hat sich sehr günstig entwickelt.

Die *Papierindustrie*, die durch Inlands- und Exportaufträge weiter voll beschäftigt ist, kommt durch die starke Verteuerung des Holzes immer mehr in die Preisschere. Seit dem Herbst 1953 sind die Schleifholzpreise durchschnittlich um 40% bis 50% gestiegen. Allerdings haben auch die Erlöse der Papierindustrie zugenommen. Die Exportpreise sind seit der gleichen Zeit um 12% bis 17% gestiegen und die Inlandspreise wurden im Frühjahr 1954 um 15% bis 23% erhöht. Außerdem arbeiten die Betriebe derzeit viel rationeller als vor einem Jahr. Wiewohl die Produktion um 24% zugenommen hat, erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten nur geringfügig.

Die *papierverarbeitende Industrie* war in der Weihnachtssaison ebenfalls gut beschäftigt. Gewisse Kapazitätsreserven blieben frei. Gegenüber dem Vorjahre hat die Produktion stark zugenommen. Sie lag bei den einzelnen Waren durchschnittlich um 20% bis 25% höher.

Auch die *Leder- und Schuhindustrie* hatte eine gute Weihnachtssaison. Im Durchschnitt der Monate September bis November lag der Produktionsindex um 10% über dem des Vorjahres. Die lederverarbei-

tende Industrie konnte die Nachfrage in der Hochsaison vielfach nur durch Überstundenarbeit befriedigen. Die billigen Kunststoffe ermöglichten eine starke Ausweitung des Geschäftes. „Lederwaren“ aus Kunststoffen sind von solchen aus Leder kaum zu unterscheiden, aber viel billiger. Besonders das Geschäft mit Damenhandtaschen hat dank dieser Umstellung stark zugenommen.

In der *Textilindustrie* war das Weihnachtsgeschäft trotz verschärfter Importkonkurrenz weit besser als im Vorjahre. Die Entwicklung war allerdings nicht in allen Sparten gleich gut. Am besten schnitt die Strick- und Wirkwarenindustrie ab. Auch die Baumwoll- und Zellwollindustrie ist gut beschäftigt. Größere Kapazitätsreserven hatten auch im Höhepunkt der Herbstkonjunktur noch die Wollindustrie und die Seidenwebereien. Der Produktionsindex der Textilindustrie war im Durchschnitt der Monate September bis November um 14% höher als vor einem Jahr.

Die *Bekleidungsindustrie* hatte ebenfalls eine gute Konjunktur, war aber im Durchschnitt noch immer nicht voll ausgelastet. Teilweise herrscht allerdings bereits empfindlicher Facharbeitermangel, der die Produktion beeinträchtigt.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Das Weihnachtsgeschäft war im Einzelhandel durchwegs sehr günstig. Obwohl schon im Oktober und November übersaisonmäßig hohe Umsätze erzielt wurden, nahmen im Dezember die Verkäufe ebenso wie im Vorjahr noch um 79% zu. Die Umsätze von Dezember 1953 wurden wertmäßig um 18% und mengenmäßig um 12% übertroffen.

Im allgemeinen setzte die lebhaftere Nachfrage früher ein als in anderen Jahren und konzentrierte sich auf bessere Qualitäten. Dank der hohen inländischen Produktion und der durch die Liberalisierung stark erweiterten Konsumgütereinfuhr war das Warenangebot reichlich und gut assortiert. Trotzdem gingen vor den Feiertagen einzelne besonders gefragte Waren aus, da sich der Handel offenbar nicht auf einen so lebhaften Geschäftsgang eingestellt hatte. Die Nachbestellungen konnten von der Industrie vielfach nicht mehr erfüllt werden. Dennoch kam es im allgemeinen zu keinen größeren Preissteigerungen.

Der Einzelhandel verkaufte im Dezember Waren im Werte von etwa 5,4 Mrd. S, um 2,4 Mrd. S mehr als im Durchschnitt der Herbstmonate und um etwa 800 Mill. S mehr als im Dezember 1953. Die Mehrumsätze gegenüber den Vormonaten wurden zum überwiegenden Teil durch Weihnachtsremuneratio-

nen finanziert, die heuer meist früher als in anderen Jahren ausgezahlt wurden. Außerdem veranlaßten die allgemein optimistischen Zukunftserwartungen und die leicht steigende Preistendenz viele Konsumenten, ihre Ersparnisse stärker anzugreifen und mehr auf Kredit zu kaufen. Die Spareinlagen bei den Kreditinstituten haben nach vorläufigen Ergebnissen von Ende November auf Ende Dezember zwar nur um 40 Mill. S abgenommen. Da jedoch erfahrungsgemäß die Einlagen Ende Dezember wieder zunehmen, dürften die Abhebungen vor den Feiertagen viel größer gewesen sein — allein die Sparvereine zahlten über 220 Mill. S aus. Offenbar wurden auch die Barreserven in den Haushalten stark abgebaut. Schließlich hat der gute Geschäftsgang auch die Einkommen der Selbständigen erhöht. Vom Nachfragezuwachs gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 800 Mill. S dürften etwa 500 Mill. S aus den erhöhten Einkommen der Unselbständigen finanziert worden sein (Mehrbeschäftigung, Lohn- und Gehaltserhöhungen und Steuerermäßigung), der Rest durch die Aufbesserung der Renten, die höheren Einkommen der Selbständigen und durch zusätzliche Konsumkredite.

Wie erwartet nahmen im Dezember die Käufe der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten minderwertigen Waren, die vorwiegend geschenkt werden, am stärksten zu. So wurden um 256% mehr *Spielwaren*, um 156% mehr *Lederwaren*, um 98% mehr *Bücher*, um 81% mehr *Papierwaren*, um 82% mehr *Fotogeräte* und mehr als dreimal soviel *Schmuckwaren* verkauft wie im Vormonat. Die Umsätze des Vorjahres wurden durchwegs, im Durchschnitt um 21%, überschritten.

Sehr lebhaft war auch die Nachfrage nach *Textilien*. Die Umsätze nahmen von November auf Dezember um 56% zu (im Vorjahr um 60%), obwohl der Absatz schon im November übersaisonnäßig hoch war. Besonders gefragt wurden Wäsche, Wirk- und Strickwaren, deren Verkäufe mehr als doppelt so hoch waren wie im Vormonat. Die Umsätze von Dezember 1953 wurden wert- und mengenmäßig um etwa 7% übertroffen.

Das Weihnachtsgeschäft des *Schuhhandels* war außergewöhnlich gut. Die Umsätze nahmen im Dezember um 58% zu (im Vorjahr nur um 45%), obwohl die Nachfrage schon im November sehr lebhaft war. Dadurch wurden die Verkäufe von Dezember 1953 um 27% übertroffen. In den Bundesländern nahm der Umsatz gegenüber dem Vorjahr meist noch stärker zu als in Wien. Teilweise konnte jedoch das Vorjahresniveau nicht erreicht werden. Die Massenfialbetriebe schnitten im allgemeinen besser ab als die Einzelgeschäfte.

Der Feiertagsbedarf erhöhte die Umsätze des *Lebensmitteleinzelhandels* im Dezember ebenso wie im Vorjahr um 78%. Im allgemeinen haben die Verkäufe in den großen Delikatessengeschäften, die auch Geschenkkörbe und sonstige Geschenkpäckungen führen, weitaus stärker zugenommen als in den Einzelgeschäften und den Konsumgenossenschaften. Das Umsatzvolumen von Dezember 1953 wurde um etwa 15 bis 20% übertroffen.

Möbel, Teppiche, Gardinen wurden um 43% mehr verkauft als im November (1951 um 27%, 1953 um 48%) und um 15% mehr als im Dezember 1953. Die Nachfrage konzentrierte sich weniger auf Möbel als auf verschiedene Heimtextilien. Teils wurden sie für Geschenkzwecke, teils für den Eigenbedarf gekauft, da viele Konsumenten die Weihnachtsremunerationen zur Verbesserung ihrer Wohnungseinrichtung verwendeten.

Die Umsätze von *Hausrat, Glas, Porzellan* nahmen um 57% (im Vorjahr um 59%) zu und waren wertmäßig um 11% höher als im Dezember 1953. Dank Preissenkungen für Porzellanwaren sind die Mengenumsätze noch stärker gestiegen.

Nur die Umsätze von *Tabakwaren* haben den Vorjahresstand nicht erreicht. Die Verkäufe haben zwar von November auf Dezember saisongemäß um 23% zugenommen (i. J. 1952 um 26%). Da jedoch im Dezember 1953 wegen der bevorstehenden Preiserhöhung viel auf Vorrat gekauft wurde (die Umsätze stiegen damals um 46%), lagen die Umsätze im Dezember 1954 wertmäßig um 10%, mengenmäßig um 21% darunter.

Infolge des steigenden Umsatztrends hat der Anteil der Dezemberumsätze am Jahresumsatz gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen. Von den Wertumsätzen entfielen auf den Dezember 16'4% (im Vorjahr 15'8%), von den Mengenumsätzen 16'1% (15'7%). Am stärksten erhöhten sich die Anteile bei Textilien und Bekleidung und in der Gruppe „Sonstiges“.

Anteil der Dezemberumsätze am Jahresumsatz des Einzelhandels

	Wertmäßig			Mengenmäßig ¹⁾		
	1952	1953	1954	1952	1953	1954
	in %					
Nahrungs- und Genußmittel ...	13'1	14'0	14'1	12'1	13'2	13'3
Textilien und Bekleidung	15'4	16'3	17'4	15'8	16'3	17'4
Möbel und Wohnbedarf	13'8	15'8	15'3	13'9	15'8	15'3
Sonstiges	26'3	27'4	28'3	25'6	27'4	28'0
Einzelhandel insgesamt	15'0	15'8	16'4	14'5	15'7	16'1

¹⁾ Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit gewissen Adaptierungen).

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) ist im Dezember um 4% auf 553 Mill. S gestiegen und war um 24% höher als

im Vorjahr. Demgegenüber nahm der Nettoertrag, der die Binnenumsätze widerspiegeln soll, um 4% ab und lag nur um 13% über dem Vorjahresstand. Infolge höherer Exporte und Verschiebungen in der Abrechnung sind nämlich die Umsatzsteuerrückvergütungen für Exportlieferungen gegenüber dem Vorjahr auf das Doppelte gestiegen.

An *Verbrauchssteuern* gingen im November 177 Mill. S ein, um 5% weniger als im Vormonat, aber um 4% mehr als im Dezember 1953. Der Rückgang gegenüber November, der durchaus der Saisonentwicklung entspricht, entfällt vor allem auf die Wein- (-28%), Bier- (-26%) und Mineralölsteuer (-14%). Dagegen hat der Ertrag an Tabaksteuer um 6% und der an Leuchtmittelsteuer – vor allem infolge Fälligkeit gestundeter Beträge – auf mehr als das Doppelte zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr haben alle Verbrauchssteuern, ausgenommen die Tabaksteuer (-8%), mehr eingebracht.

Insolvenzen im Jahre 1954

Die Zahl der Insolvenzen ist im Jahre 1954 zum erstenmal seit Kriegsende gefallen. Zwar haben die eröffneten Konkurse (+2%) und die mangels Vermögen abgewiesenen Konkursanträge (+1%) noch geringfügig zugenommen, dafür wurden aber um 19% weniger gerichtliche Ausgleiche (ohne Anschlußkonkurse) gezählt. Dadurch war die Zahl der Konkurse (473) bereits um 44% höher als die der gerichtlichen Ausgleiche (328). Das erklärt sich vor allem damit, daß bei günstiger Konjunkturlage meist nur sehr stark verschuldete Unternehmer, bei denen ein Ausgleich nicht mehr möglich ist, gezwungen sind, die Zahlungen einzustellen. Außerdem scheinen die Gläubiger rigoroser zu werden: sie ziehen einen einmaligen größeren Verlust der Gefahr wiederholter Teilverluste durch einen Ausgleichsschuldner vor.

Insolvenzen in Österreich¹⁾

	1953	1954	1954 in % von 1952
Konkurse	464	473	101'9
Gerichtliche Ausgleiche	506	412	81'4
Außergerichtliche Ausgleiche ²⁾	62	27	43'5
Abgewiesene Konkursanträge ³⁾	487	494	101'4
Zusammen	1.519	1.406	92'6
Anschlußkonkurse ⁴⁾	- 99	- 84	84'8
Gesamtzahl der Insolvenzen	1.420	1.322	93'1

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — ²⁾ Vom Kreditschutzverband behandelt. — ³⁾ Mangels Vermögen. — ⁴⁾ Ausgleiche, die in Konkurse umgewandelt wurden und daher doppelt gezählt sind.

Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr 1.322 Insolvenzfälle registriert, um 98 oder 7% weniger als im Jahre 1953. Trotzdem dürfte die Schuldensumme,

die durch sie betroffen wurde, etwa gleich hoch geblieben sein wie im Vorjahr (400 Mill. S), da sich die Passiven von durchschnittlich 400.000 S je gerichtlich behandelten Fall auf 500.000 S erhöhten¹⁾. Wegen der größeren Zahl von Konkursen waren aber die effektiven Kapitalverluste der Wirtschaft wohl höher als im Vorjahr. Bei den Ausgleichen wurden die Passiven im Durchschnitt zu 70%, bei den Konkursen nur zu 30% durch die Aktiven gedeckt. Die vereinbarten Ausgleichsquoten waren aber mit durchschnittlich 54% (gewogen mit der Höhe der Forderungen) etwas höher als im Vorjahr (52%). Allerdings wurde in 50% der erfaßten Fälle mit 34% der Forderungssumme nur die Mindestquote von 40% und in 35% der Fälle mit 39% der Passiven eine Quote von 50% vereinbart.

Der Rückgang der Insolvenzen im Jahre 1954 hängt vor allem mit dem konjunkturellen Aufschwung der österreichischen Wirtschaft seit 1953 zusammen. Die gute Exportkonjunktur, die schon Mitte 1953 einsetzte, und die zunehmende Belebung des Binnenmarktes im Laufe des Jahres 1954 haben die wirtschaftliche Lage der Unternehmer aller Branchen so gebessert, daß es nur verhältnismäßig selten zu Zahlungsschwierigkeiten kam. Schließlich hat auch der vorbeugende Kreditschutz durch die „Gläubiger-Gemeinschaften“ und den „Zentral-Kredit-Kataster“ des Kreditschutzverbandes die Zahl der Insolvenzfälle beschränkt.

Gerichtliche Insolvenzverfahren in den einzelnen Wirtschaftszweigen¹⁾

Wirtschaftszweig	Konkurse			Ausgleichs		
	1953	1954	1954 in % von 1953	1953	1954	1954 in % von 1953
Industrie ²⁾	87	82	94'3	69	75	108'7
Großhandel	68	66	97'1	69	89	129'0
Einzelhandel.....	122	147	120'5	211	150	71'1
Handwerk.....	103	124	120'4	100	76	76'0
Sonstige ³⁾	84	54	64'3	57	22	38'6
Insgesamt	464	473	101'9	506	412	81'4

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — ²⁾ Einschließlich Bauunternehmen. — ³⁾ Auch Private.

Die Konkurse haben vor allem in Industrie und Großhandel, die Ausgleichs dagegen in Einzelhandel und Handwerk abgenommen. In den unter „Sonstige“ zusammengefaßten Berufen gingen Konkurse wie Ausgleichs beträchtlich zurück. Im ganzen haben die gerichtlichen Insolvenzverfahren (Konkurse und Ausgleichs zusammen) im Einzelhandel um 11%, im Handwerk um 1% und in der Gruppe „Sonstige“ um

¹⁾ Auf Grund von Schätzungen des Kreditschutzverbandes und Erhebungen des Instituts bei 70 Fällen.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Branchengruppen¹⁾

Branchengruppe	Industrie		Großhandel		Einzelhandel		Handwerk		Zusammen		1954 in % von 1953
	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954	
Konkurse											
Mineralien	11	—	—	2	—	—	—	—	11	2	18'2
Metalle.....	14	12	6	5	6	5	15	14	41	36	87'8
Holz.....	11	12	19	14	2	—	22	24	54	50	92'6
Elektro- und chem. techn. Artikel.....	9	11	8	4	5	6	13	16	35	37	105'7
Bau.....	16 ⁴⁾	24 ³⁾	1	3	—	—	7	6	24	33	137'5
Lebens- und Genußmittel.....	3	5	10	19	28	44	6	24	47	92	195'7
Textilien, Bekleidung, Leder.....	19	16	12	14	38	42	36	31	105	103	98'1
Papier, Druck, Verlag.....	1	1	7	1	2	4	3	1	13	7	53'8
Glas-, Parfümerie-, Kurzwaren.....	3	1	4	—	3	2	1	8	11	11	100'0
Gemischwaren.....	—	—	1	4	38	44	—	—	39	48	123'1
Insgesamt....	87	82	68	66	122	147	103	124	380	419	110'3
Ausgleiche											
Mineralien	—	2	—	1	1	—	—	—	1	3	300'0
Metalle.....	9	11	8	9	12	7	10	12	39	39	100'0
Holz.....	6	14	10	9	1	—	15	11	32	34	106'3
Elektro- und chem. techn. Artikel.....	5	9	7	6	8	5	11	5	31	25	80'6
Bau.....	16 ⁴⁾	14 ³⁾	1	5	—	—	4	—	21	19	90'5
Lebens- und Genußmittel.....	4	4	10	17	50	33	6	14	70	68	97'1
Textilien, Bekleidung, Leder.....	24	19	25	31	80	51	47	29	176	130	73'9
Papier, Druck, Verlag.....	—	1	6	2	4	3	3	2	13	8	61'5
Glas-, Parfümerie-, Kurzwaren.....	5	1	1	3	9	7	4	3	19	14	73'7
Gemischwaren.....	—	—	1	6	46	44	—	—	47	50	106'4
Insgesamt....	69	75	69	89	211	150	100	76	449	390	86'9

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — ²⁾ Baustoffindustrie und Bauunternehmen.

46% abgenommen. Dagegen sind sie im Großhandel um 13% und in der Industrie um 1% gestiegen. Dadurch hat sich das Schwergewicht der Insolvenzen, das bisher meist beim Einzelhandel und Handwerk lag, etwas abgeschwächt.

Die Zahlungseinstellungen waren in allen Branchen, mit Ausnahme der Bauwirtschaft, der Lebens- und Genußmittelbranche und der Gemischwarengeschäfte geringer als im Vorjahr. Besonders stark nahmen dank der günstigen Export- und Binnenkonjunktur die Insolvenzen in den Grundstoffindustrien (-82%) sowie in der Papier- und Druckbranche (-42%) ab. Aber auch im Textil- und Bekleidungssektor sowie in der Glas- und Parfümeriewarenbranche war die Zahl der notleidenden Unternehmen um je 17% niedriger als im Vorjahr. In der Bauwirtschaft hat hauptsächlich wegen der relativ schwachen Bautätigkeit im Jahre 1953 die Zahl der Insolvenzen von 45 auf 52 (+16%) zugenommen. Auch die starke Zunahme des Bauvolumens im Jahre 1954 konnte nicht verhindern, daß sich die Zahlungsschwierigkeiten in verschiedenen Baustoffindustrien erhöhten. Die steigende Zahl von notleidenden Betrieben im Lebens- und Genußmittelhandel und im Gastgewerbe beruht zum Teil auf Lagerverlusten durch Preisrückgänge bei verschiedenen Importwaren.

Gleichzeitig mit den Insolvenzen dürfte im Jahre 1954 jedoch auch die Zahl der Betriebe abgenommen haben. Nach den bisher für Wien, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und das Burgenland vorliegenden An-

gaben wurden trotz der günstigen Konjunktur im Jahre 1954 um 13% mehr Gewerbeberechtigungen gelöscht als neu angemeldet. Die Löschungen konzentrierten sich hauptsächlich auf das Gewerbe, während im Handel, Verkehr und Fremdenverkehr mehr Gewerbescheine neu angemeldet als gelöscht wurden. Da jedoch die Zahl der Berechtigungen weniger abgenommen hat (schätzungsweise um 1%) als die der Insolvenzen (-7%), ist im ganzen die Häufigkeit der Insolvenzen zurückgegangen.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die Arbeitslage ist weiterhin günstiger als vor einem Jahr. Wohl stieg die Zahl der Stellensuchenden im Jänner fast gleich stark wie im Jänner 1954, während sie bis Jahresende 1954 stets viel weniger zugenommen hatte als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Zahl der Beschäftigten nahm fast so stark ab wie im Jänner 1954. Diese Entwicklung dürfte aber nur auf eine leichte zeitliche Verschiebung im Saisonablauf der Bauwirtschaft zurückgehen. Dank hohen Aufträgen konnten viele Baufirmen Entlassungen, die meist schon im Dezember erfolgten, zum Teil bis in den Jänner aufschieben. Im Jänner setzte dann die Bauwirtschaft, trotz des milden Winters, sogar mehr Arbeitskräfte frei als im Vorjahr. Insgesamt gab es jedoch Ende Jänner um 125.000 Beschäftigte mehr und um 69.100 vorgemerkte Stellensuchende weniger als Ende Jänner 1954. (Vor einem

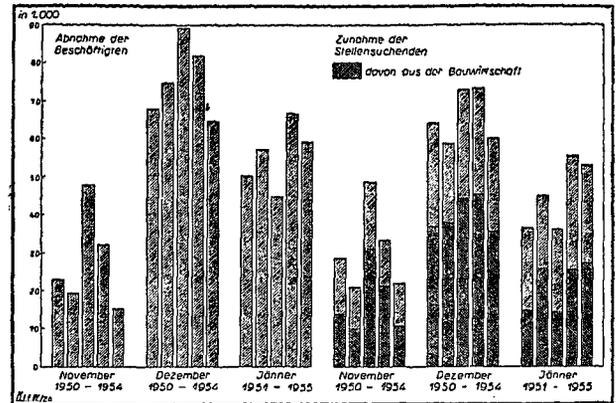
Jahr waren bereits 300.000 Arbeitskräfte als Stellensuchende vorgemerkt, obwohl ein „Entlassungsstopp“ vereinbart worden war). Trotz steigender Arbeitslosigkeit mangelte es noch immer an Facharbeitern, vor allem in der Metall-, Holz- und Bekleidungsindustrie und in Wien sogar im Baugewerbe. Die Zahl der offenen Stellen ist im Jänner saisonbedingt gestiegen und war um 62% größer als im Vorjahr. Das Arbeitskräfteangebot hat neuerlich leicht abgenommen.

Die Zahl der *Beschäftigten* sank im Dezember um 64.600 (3,1%) auf 1,996.300, im Jänner um 59.300 (3,0%) auf 1,937.000. Der Rückgang war im Jänner relativ stark. Während er im Jänner 1953 nur halb so hoch wie im Vormonat war und auch im Vorjahr trotz einer Kältewelle nur 81% der Dezemberabnahme betrug, erreichte er heuer 92% des Vormonats. Dennoch wurden Ende Jänner um 125.000, 140.300 und 74.200 Personen mehr beschäftigt als im gleichen Monat der Jahre 1954, 1953 und 1951. Seit Ende Oktober 1954 wurden weniger als 140.000 Arbeitskräfte freigestellt, gegen etwas über 180.000 in den beiden Vorjahren. Nur im Winter 1950/51, als der Arbeitsmarkt gleichfalls durch eine starke Konjunktur und ein außerordentlich mildes Wetter (und ein öffentliches Winterbauprogramm) gefördert wurde, war die saisonbedingte Beschäftigungsabnahme bis Ende Jänner mit 141.000 fast ebenso gering wie heuer.

Die Land- und Forstwirtschaft entließ im Dezember 12.300 Arbeitskräfte, gegen nur 8.800 im Jahre 1953. Sie beschäftigte mit 187.500 zu Jahresende um 11.600 Personen weniger als Anfang 1954. Die gewerbliche Wirtschaft, die ihre Beschäftigung im November nur um 6.200 eingeschränkt hatte, setzte im Dezember weiter 51.500 Arbeitskräfte frei, um 21.000 weniger als 1953 und um 14.800 weniger als 1951. Ungefähr vier Fünftel der Entlassungen entfielen im Dezember auf Baugewerbe und Baustoffherzeugung. Die Zahl der Angestellten, insbesondere der weiblichen, hat im Dezember leicht zugenommen. Ende 1954 beschäftigte die gewerbliche Wirtschaft 1,543.000 Arbeitnehmer, um 127.700 mehr als zu Jahresbeginn.

Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* stieg im Dezember um 60.500 (51,7%) auf 177.500, im Jänner um weitere 53.000 (29,8%) auf 230.500. Ende Jänner gab es um 69.100 vorgemerkte Stellensuchende weniger als vor einem Jahr, aber noch um 33.200 und 9.700 mehr als im Jänner 1952 und 1951. Die Rate der Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 8,2% auf 10,6% (gegen 14,2% Ende Jänner 1954 und 9,4%

Phasenverschiebungen der Saisonbewegung im Winter (Normaler Maßstab; in 1.000 Personen)



Konjunkturlage und Witterungsablauf können in den Wintermonaten leichte Phasenverschiebungen der Saisonbewegung auf dem Arbeitsmarkt verursachen. Früher Kälteeinbruch und ungünstige Auftragslage führten z. B. im Winter 1952/53 nicht nur zu höheren Entlassungen, sondern hatten teilweise auch ihre Vorverlegung zur Folge. Die Zahl der Beschäftigten ging im November und Dezember 1952 besonders stark zurück, im Jänner 1953 dagegen nur noch wenig. Umgekehrt waren die Entlassungen in diesem Winter in den beiden ersten Monaten sehr niedrig, erreichten aber im Jänner fast die Höhe des Vorjahres und übertrafen die übrigen Jahre.

Ende Jänner 1952). Während die Zunahme im Dezember um 17,6% geringer war als im Dezember 1953 und ungefähr ebenso groß wie im Dezember 1951, erreichte sie im Jänner 95,4% der Höhe des Vorjahres und war beträchtlich größer als in den früheren Jahren. Von Ende September bis Ende Jänner stieg die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 138.700 (gegen 170.300 im vorigen Winter und 132.700 im Winter 1950/51). Von ihnen waren 74.300 (95.400 und schätzungsweise 70.000) zuletzt in Betrieben des Bauwesens oder in Bauhilfsbetrieben tätig gewesen.

Im Dezember stieg die Zahl der Stellensuchenden in fast allen Berufsklassen bedeutend weniger als im Vorjahre. Nur stellensuchende Landarbeiter wurden erheblich mehr zusätzlich vorgemerkt als in den Vorjahren, und zwar mehr als doppelt so viel wie im Jahre 1953. Die Zahl der stellensuchenden Forstarbeiter nahm dagegen weniger zu als im Dezember 1953, da die Forstwirtschaft dank der hohen Nachfrage nach Holz und trotz gewisser Bringungsschwierigkeiten im Dezember noch sehr gut beschäftigt war. Ende 1954 war die Zahl der stellensuchenden Land- und Forstarbeiter mit 15.100 um 28,3% größer als vor einem Jahr. In allen anderen Berufsklassen (mit einer unbedeutenden Ausnahme bei den Reinigungsarbeitern) gab es jedoch weniger Arbeitslose als zu Jahresbeginn.

Die ungünstige Entwicklung in der Landwirtschaft erklärt sich zum Teil aus der stärkeren Saisonschwankung, mehr aber aus der Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf landwirtschaftliche Gutsarbeiter, Saisonarbeiter und Tagelöhner, die allerdings ebenfalls mit der zunehmenden Saisonschwankung im Zusammenhang steht. Während im Vorjahre die Zunahme der stellensuchenden Land- und Forstarbeiter weniger als zwei Drittel der Beschäftigungseinschränkung betrug, stieg sie heuer auf mehr als 70%. Die Zahl der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter allein, die im Dezember 1954 nur um 147 Personen zugenommen hatte, erhöhte sich um 2.163. Zu Jahresende waren 2.713 landwirtschaftliche Saisonarbeiter vorgemerkt, gegen nur 320 vor einem Jahr und 145 vor zwei Jahren. Die starke Zunahme der stellensuchenden weiblichen Land- und Forstarbeiter im Dezember (sie war um 3.394 größer als im Dezember 1953) erklärt auch, wieso trotz der sonst viel günstigeren Entwicklung der Arbeitslage die Zahl der stellensuchenden Frauen insgesamt etwas stärker stieg als im Dezember 1953 und bedeutend stärker als in allen früheren Jahren. Auch im Jänner und Februar hat die Zahl der stellensuchenden Land- und Forstarbeiter vermutlich stärker zugenommen als in den Vorjahren.

Die stellensuchenden Land- und Forstarbeiter im Dezember

Beruf	1952		1953		1954	
	Zu- nahme im Monat	Stand zu Monats- ende	Zu- nahme im Monat	Stand zu Monats- ende	Zu- nahme im Monat	Stand zu Monats- ende
Landarbeiter	+1.566	4.427	+2.072	5.332	+5.431	9.267
davon landwirtschaftliche Saison- kräfte	+ 98	145	+ 147	320	+2.163	2.713
Forstarbeiter	+2.996	6.277	+3.611	6.438	+3.251	5.838
Land- und Forstar- arbeiter	+4.562	10.704	+5.683	11.770	+8.682	15.105

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Nach den bisherigen Meldungen über die Arbeitslosigkeit im Jänner hat sie bei den Metallarbeitern, Holzarbeitern, Textilarbeitern, Bekleidungsarbeitern und gastgewerblichen Arbeitern weniger zugenommen als im Winter 1954. Es wurden hingegen 25.900 Bauarbeiter und 2.200 Hilfsarbeiter wechselnder Art (die vielfach auch im Baugewerbe beschäftigt sind) zusätzlich arbeitslos, gegen nur 22.800 und 1.600 im Vorjahr. Während in den größeren Städten vielfach schon moderne Winterbaumethoden angewendet werden und größere Firmen, dank ihrer besseren Ausstattung, auch bei ungünstigerem Wetter weiter bauen können, haben kleinere Firmen, vor allem auf dem flachen Lande, ihre Bau-

tätigkeit vorübergehend eingestellt. In größeren Höhenlagen muß die Bautätigkeit meist während des ganzen Winters unterbleiben. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern ist daher regional stets sehr unterschiedlich und war es heuer noch mehr als im Vorjahre.

Im österreichischen Gesamtdurchschnitt wurden im Jänner um 13'4% mehr Bauarbeiter arbeitslos als im Jahre 1954. In Vorarlberg, Wien und Salzburg war die Zunahme bedeutend geringer, in Steiermark, Kärnten, Tirol fast um die Hälfte stärker und im Burgenland erheblich höher als vor einem Jahr. Trotzdem stieg die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter in Österreich seit September nur um 70.600, d. i. um 20% weniger als von September 1953 bis Jänner 1954, obwohl im Sommer schätzungsweise 20.000 Arbeitskräfte mehr in der Bauwirtschaft tätig waren als im Herbst 1953.

Zunahme der stellensuchenden Bauarbeiter und der Stellensuchenden insgesamt nach Bundesländern von September bis Jänner

Länder	Zeit	Bauarbeiter			Stellensuchende insgesamt		
		Zu- nahme 1953/54	Zu- nahme 1954/55 1)	Zu- nahme 1954/55 in % der Zunahme 1953/54	Zu- nahme 1953/54	Zu- nahme 1954/55 2)	Zu- nahme 1954/55 in % der Zunahme 1953/54
Wien	IX.—XII.	4.195	1.495	35'6	11.927	6.577	55'1
	XII.—I.	3.231	1.954	60'5	12.089	7.087	58'6
	IX.—I.	7.426	3.449	46'4	24.016	13.664	56'9
Niederösterreich.	IX.—XII.	12.393	8.900	71'8	21.602	17.565	81'3
	XII.—I.	6.225	6.770	108'8	14.104	14.172	100'5
	IX.—I.	18.618	15.670	84'2	35.706	31.737	88'9
Steiermark..	IX.—XII.	12.025	8.509	70'8	20.677	15.304	74'0
	XII.—I.	2.306	3.381	146'6	6.742	7.319	108'6
	IX.—I.	14.331	11.890	83'0	27.419	22.623	82'5
Kärnten....	IX.—XII.	8.999	7.441	82'7	15.630	13.075	83'7
	XII.—I.	1.570	2.346	149'4	4.439	4.746	106'9
	IX.—I.	10.569	9.787	92'6	20.069	17.821	88'8
Oberösterreich..	IX.—XII.	10.890	6.831	62'7	17.285	11.389	65'9
	XII.—I.	4.442	5.194	116'9	8.651	8.973	103'7
	IX.—I.	15.332	12.025	78'4	25.936	20.362	78'5
Salzburg ...	IX.—XII.	2.947	1.444	49'0	5.717	3.174	55'5
	XII.—I.	722	496	68'7	1.373	1.051	76'5
	IX.—I.	3.669	1.940	52'9	7.090	4.225	59'6
Tirol	IX.—XII.	5.905	4.145	70'2	10.503	7.597	72'3
	XII.—I.	1.263	1.829	144'8	2.845	3.149	110'7
	IX.—I.	7.168	5.974	83'3	13.348	10.746	80'5
Vorarlberg .	IX.—XII.	731	417	57'0	1.151	783	68'0
	XII.—I.	1.583	665	42'0	2.320	1.013	43'7
	IX.—I.	2.314	1.082	46'8	3.471	1.796	51'7
Burgenland.	IX.—XII.	7.362	5.545	75'3	10.308	10.286	99'8
	XII.—I.	1.467	3.220	219'5	2.971	5.444	183'2
	IX.—I.	8.829	8.765	99'3	13.279	15.730	118'5
Insgesamt ..	IX.—XII.	65.447	44.727	68'3	114.800	85.750	74'7
	XII.—I.	22.809	25.855	113'4	55.534	52.954	95'4
	IX.—I.	88.256	70.582	80'0	170.334	138.704	81'4

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — 1) Vorläufige Zahlen.

Die Saisonschwankungen der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten werden im wesentlichen von der Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter und Land-

arbeiter bestimmt. Da im Jänner die Zahl der stellensuchenden Landarbeiter vermutlich neuerlich bedeutend stärker gestiegen ist als im Vorjahre, hat die Zahl der Stellensuchenden in jenen Bundesländern am schwächsten zugenommen, in denen die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter relativ niedrig blieb und landwirtschaftliche Gutsbetriebe eine geringe Rolle spielen. In Wien, Salzburg und Vorarlberg blieb daher die Steigerung der Stellensuchenden im Jänner hinter der des Vorjahres weit zurück; sie stieg in den übrigen Bundesländern etwas stärker, im Burgenland sogar um 83% mehr als im Jänner 1954. Die Arbeitslosigkeit war in acht Bundesländern bedeutend niedriger als im Jänner 1954. (In Wien um 30%, in Vorarlberg um 45%.) Nur im Burgenland wurde die Vorjahreszahl überschritten, allerdings dürfte sie auch hier bloß infolge der besseren statistischen Erfassung der freigestellten Landarbeiter über das Ausmaß des Vorjahres hinausgegangen sein.

Drei Faktoren haben zusammengewirkt, um die Saisonschwankung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Winter in engeren Grenzen zu halten als in früheren Jahren: Das außerordentlich gute Bauwetter bis Ende Jänner, die anhaltende starke Konjunkturbelebung, die die Arbeitsreserven verringert hat, und der verstärkte Winterbau. Da in den kommenden Jahren nicht stets mit so günstigem Bauwetter gerechnet werden kann, wird die Wirtschaftspolitik vor allem bestrebt sein müssen, die Konjunktur zu erhalten und den Winterbau noch mehr zu forcieren.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13.

Die Verkehrsleistungen im Güterverkehr der Bundesbahnen waren im Monat Dezember aus Saisongründen etwas schwächer als im November. An 26 Arbeitstagen wurden 174.214 Wagen gestellt (185.088 im November mit 25 Tagen) und 6387 Mill. (637'6) netto-*t-km* geleistet. Die arbeitstägige Verladetätigkeit nahm vor allem bei Baustoffen (-24'5%) und Nahrungsmitteln (-13'4%) stärker ab, während sie bei Holz, Papier und Kunstdünger höher war.

Im Vergleich zum Dezember 1953 lagen die Wagenstellungen um 11'3% und die geleisteten netto-*t-km* um 7% höher, obwohl im Jahre 1953 der Bahnverkehr durch den witterungsbedingten Ausfall der Donauschiffahrt sehr hoch war. Es wurden vor allem mehr Kohle und Koks, Baustoffe und Papier befördert.

Die Wagenlage war, von einzelnen Bedarfsspitzen für Stickstofftransporte abgesehen, zufriedenstellend. Der Bedarf konnte zu 95% gedeckt werden, die Wagenumlaufzeit betrug 5'4 Tage.

Wagenstellung nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Dezember 1955	Veränderung in %		Je Arbeitstag gegen Vormonat
		Monatsergebnis Vorjahr	gegen Vormonat	
Insgesamt	174.214	+11'3	- 5'9	- 9'5
davon				
Kohle, Koks	26.085	+15'3	+ 0'8	- 3'1
Holz	18.906	- 6'3	+ 6'8	+ 2'7
Baustoffe	16.905	+19'2	-21'4	-24'5
Eisen	10.765	+ 2'6	+ 2'0	- 1'9
Papier	6.843	+20'3	+22'6	+17'9
Erze	7.062	+ 8'3	- 4'9	- 8'4
Kunstdünger	4.748	+14'2	+46'7	+41'9
Nahrungsmittel	9.375	- 6'6	-10'0	-13'4
Stückgut	27.124	+ 5'6	+ 1'0	- 2'9
Sammelgut	4.808	+ 9'2	- 4'1	- 8'0
Zuckerrüben	13.871	+71'6	-37'3	-39'8
Andere	27.722	+13'1	- 3'7	- 7'4

Die Betriebsergebnisse des abgelaufenen Herbstverkehrs 1954 zeigen, daß die ÖBB die Grenze ihrer technischen Leistungsfähigkeit erreicht hat. Dies gilt insbesondere für den Güterwagen- und Zugfördermittelpark, der den Spitzenverkehr nicht mehr befriedigend bewältigen kann. Nur durch einen verstärkten Einsatz von Fremd- und EUROP-Wagen, wodurch allerdings die Wagenmiete erheblich stieg, wurden ernstere Verkehrsengpässe vermieden. Trotzdem konnte der Gesamtbedarf an Hochbordwagen im Oktober nur zu 81'4%, im November zu 87'2% und im Dezember zu 93'4% gedeckt werden. Von einer ungenügenden Wagenzuteilung wurden vor allem die Verfrächter von Holz und Baustoffen betroffen, da in erster Linie das Transportaufkommen an Kohle und Zuckerrüben bewältigt werden mußte, das außerdem noch um 14% höher war als die ursprünglichen Schätzungen.

Von der in acht Fabriken verarbeiteten Zuckerrübentonnage in Höhe von 1'39 Mill *t* beförderte die Bahn 1'08 Mill. *t*, während der Rest (23%) auf der Straße transportiert wurde. Die Gesamttonnage war um 35% höher als in der Kampagne 1953/54. Von den ÖBB wurden in der Zeit vom 4. Oktober bis 19. Jänner für die Zufuhr von Rüben 58.043 Wagen (+38% gegen 1953/54) und für den Abtransport von Naß- und Trockenschnitten und Zucker in Höhe von 394.214 *t* (+24%) 25.886 Wagen (+26%) bereitgestellt; insgesamt 83.929 Wagen, in denen 1'47 Mill. *t* transportiert wurden, rund 33% mehr als 1953/54.

Der Personenverkehr der ÖBB blieb mit 5'2 Mill. verkauften Karten trotz des sehr regen Weihnachtsverkehrs um 11% unter dem Dezemberstand 1953; hingegen lagen die Wagenachs- und Zugskilometer etwas über dem Vergleichsmonat, ein Beweis für die bessere Verkehrsbedienung. Die Frequenz ist durch die Witterungsverhältnisse, die einerseits den Straßenverkehr begünstigten, andererseits den Wintersportverkehr hemmten, nachteilig beeinflußt worden.

Der Güterverkehr auf der Straße war auch im Monat Dezember noch sehr lebhaft. Vor allem der Nahverkehr hatte ausreichende Transportaufträge für Baumaterialien, Kohle, Fleisch, Gemüse und andere Konsumartikel. In einzelnen Gebieten konnte der Bedarf an Transportraum nicht gedeckt werden. Der Fernverkehr litt teilweise unter den Konkurrenzmaßnahmen der ÖBB. So gingen dem Straßen-Fernverkehr infolge der Kampftarife der Bahn die Zucker- und Papiertransporte fast ganz verloren.

Der entgeltliche Personen-Überlandverkehr wurde im Dezember durch die Witterungsverhältnisse begünstigt. Im Linienverkehr von Bahn und Post wurden 846 Mill. Personen befördert, gegen 758 Mill. im Dezember 1953. Die Frequenz im privaten Linienverkehr war im November (Dezemberdaten liegen noch nicht vor) mit 312 Mill. Personen um 13% höher als 1953. Auch im privaten Gelegenheitsverkehr soll die Beschäftigungslage sehr gut gewesen sein.

Der Schiffsverkehr auf der Donau war im Monat Dezember, abgesehen von einigen Nebeltagen, witterungsmäßig nicht behindert. Es wurden 259.722 t befördert, von denen 137.181 t auf die DDSG und der Rest auf die deutsche, jugoslawische, ungarische und französische Schifffahrt entfielen. Die Auslastung der Schiffe betrug im Durchschnitt zu Tal 53% und zu Berg 15% und war bei den jugoslawischen Schiffen mit 38% und 71% die günstigste. Unter den transportierten Gütern waren neben Kohle (156.966 t) Getreidesendungen in Höhe von 19.831 t der wichtigste Posten. Davon kamen 10.358 t aus dem Südosten, der Rest war Überseegetreide, das über Regensburg hereinkam. In Wien wurden 14.515 t Getreide umgeschlagen, bei einem Gesamtumschlag von 60.478 t.

Schiffsverkehr auf der Donau

	November	Dezember	I. — XII. 1954	1953=100
	in t		1.000 t	
Gesamt.....	266.292	259.722	2.530'8	97'4
Einfuhr.....	180.989	181.034	1.527'8	102'3
Ausfuhr.....	47.094	38.684	477'0	67'1
Inland.....	11.664	16.005	165'5	87'9
Transit.....	26.545	23.999	360'4	173'6
Hafenumschlag				
Linz.....	196.984	185.702	1.744'9	86'3
Wien.....	46.767	60.478	537'6	105'5
Waren ¹⁾				
Kohle.....	148.541	156.966	1.344'0	103'6
Roheisen.....	13.546	3.993	149'6	35'1
Bleche.....	13.108	11.256	98'5	84'0
Mineralölprodukte ²⁾	18.720	13.893	186'8	101'9
Ändere.....	45.832	49.615	391'5	106'4

¹⁾ Ohne Transit. — ²⁾ Benzin, Gasöl, Heizöl.

Die österreichische Schifffahrt konnte sich auf der unteren Donau nunmehr soweit konsolidieren, daß ab 15. Februar der Verkehr fahrplanmäßig durchgeführt werden kann, und zwar einmal wöchentlich

bis Rumänien. Es handelt sich zunächst vorwiegend um Heizöltransporte aus Rumänien, jedoch ist zu hoffen, daß sich auch die österreichischen Verfrächter stärker dieses Liniendienstes bedienen. Eine endgültige Konsolidierung kann allerdings nur durch handelsvertragliche Vereinbarungen erreicht werden.

Im Flugverkehr wurden 5.011 Personen befördert, 60% mehr als im Dezember 1953. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die Wiener Flughäfen, auf denen 4.849 Personen ein- oder ausflogen, gegen 2.852 im Jahre 1953. Der Verkehr auf den übrigen Flughäfen ging hingegen von 282 auf 162 Personen zurück.

In Oberösterreich wurde im Sommer eine Flughafenbetriebsgesellschaft (Linz-Hörsching) gegründet, deren Gesellschaftskapital zu 40% vom Bund und zu je 30% vom Land bzw. der Stadt Linz aufgebracht wird. Bis auf Innsbruck sind damit alle geplanten Flughafengesellschaften konstituiert.

Der Fremdenverkehr nahm im Dezember saisonüblich um 33% auf 751.172 Übernachtungen zu, wobei, wie auch in den früheren Jahren, nur die Ausländerbesuche stiegen, während der Inländer-Fremdenverkehr zurückging. Gegenüber Dezember 1953 lagen die Ausländernachtungen um 15% höher, die Inländerfrequenz blieb unverändert. Im grenzüberschreitenden Einreiseverkehr wurden 338.352 Personen gezählt, ebenfalls 15% mehr als 1953.

Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr betragen 82'0 Mill. S, gegen 79'0 Mill. im Dezember 1953. Der Devisensaldo war mit 61'4 Mill. S etwas niedriger als 1953 (63'4 Mill.), da die Devisenausgänge relativ stärker stiegen — von 15'6 auf 20'6 Mill. S — als die Eingänge. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß verrechnungstechnische Vorgänge die einzelnen Monatsergebnisse vielfach beeinflussen; dies gilt vor allem für die Deviseneingänge.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Im Dezember 1954 stiegen die Außenhandelsumsätze — vor allem die Einfuhr — stark übersaisonmäßig und übertrafen alle bisherigen Rekorde. Während im Dezember 1953 Ausfuhr und Einfuhr nur um je 8% stiegen, nahm im Dezember 1954 die Ausfuhr um 12%, die Einfuhr um 20% zu und der Importwert überstieg erstmalig die Zweimilliardengrenze (2.108 Mill. S). Der Ausfuhrwert überstieg die Anderthalbmilliardengrenze (1.528 Mill. S) und das Ausfuhrvolumen war um 9'5% höher als der bisherige Höchststand vom Oktober 1954. Die sprunghafte Zunahme der Einfuhr erhöhte den Einfuhrüberschuß auf 580 Mill. S. Er war ungefähr halb so

groß wie der des ganzen Jahres 1954 (1,1 Mrd. S; im kommerziellen Verkehr betrug das Passivum im Dezember 551 Mill. S, im ganzen Jahr 1954 626 Mill. S).

Die Einfuhr wurde im Dezember hauptsächlich durch die Zunahme der Investitionen gesteigert: die Einfuhr von Industriemaschinen war doppelt so groß wie im November, obwohl sie auch da schon über dem Durchschnitt lag. Da auch die Einfuhr von Traktoren, elektrischen Maschinen und Apparaten sowie von Lastautos stark zunahm und die Einfuhr von Personautos noch immer steigt, wuchs der Anteil der Gruppe „Maschinen und Verkehrsmittel“ an der Gesamteinfuhr von 20% im November auf 25% im Dezember. Damit liegt er weit über dem Jahresdurchschnitt von 19%. Da neben der verstärkten Investitionsneigung auch die Bestimmungen des Investitionsbegünstigungsgesetzes zu einer besonderen Häufung der Maschinenimporte im November und Dezember beitrugen, werden diese in den kommenden Monaten wieder zurückgehen.

Der Anteil der Maschinen- und Verkehrsmittelimporte am Gesamtimport

1954	%	1954	%
I.....	15	VII.....	21
II.....	17	VIII.....	19
III.....	17	IX.....	18
IV.....	17	X.....	19
V.....	18	XI.....	20
VI.....	20	XII.....	25

Neben den Importen von Maschinen und Verkehrsmitteln, die im Dezember um 181 Mill. S zunahmen, stiegen vor allem die Importe von Rohstoffen (+ 99 Mill. S), darunter besonders die von Kautschuk, Textilrohstoffen, Erzen und Schrott. Auch hier dürften neben einem erhöhten laufenden Bedarf Käufe zur Aufstockung der Lager eine Rolle spielen; dafür spräche auch der Umstand, daß die Einfuhr halbfertiger Waren nicht zunahm. Ebenso blieb die Fertigwareneinfuhr (ohne Maschinen und Verkehrsmittel) im Dezember unverändert, teils weil der Großteil der Weihnachtsimporte bereits im November durchgeführt wurde, teils vielleicht auch, weil die erste Welle der Liberalisierung abzuebben beginnt. Die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln stieg um 68 Mill. S (insbesondere Mais und Roggen, Tabak, Kaffee, Kakao usw.).

In den letzten drei Monaten ist vor allem wieder die Einfuhr aus Westdeutschland stark gestiegen; ihr Anteil an der Gesamteinfuhr erreichte im Dezember über 40%. Die Zunahme im Dezember war allerdings nicht mehr — wie in den vorangegangenen Monaten — auf eine allgemeine Verbreiterung des

Handels mit Westdeutschland zurückzuführen, sondern darauf, daß sich die Einfuhr auf Maschinen und Verkehrsmittel verlagert hat, die vorwiegend aus Westdeutschland bezogen werden. Schließt man diese Warengruppe aus, so ging der Anteil Westdeutschlands am österreichischen Import im Dezember sogar etwas zurück.

Anteil Westdeutschlands an Österreichs Einfuhr

	I.—III. Quartal	Ökt.	1954 in %	Nov.	Dez.
a) Sämtliche Waren	35'7	38'0		39'1	40'3
b) Ohne Maschinen und Verkehrsmittel.....	28'9	30'9		31'8	30'7

Aber auch abgesehen vom letzten Quartal 1954 war der Anteil Westdeutschlands an Österreichs Außenhandel sehr hoch (36% beim Import, 23% beim Export). Sieht man von Irland ab, dessen Außenhandel aufs engste mit Großbritannien integriert ist, so übertrifft Österreichs Bindung an einen Haupthandelspartner die aller anderen westeuropäischen Länder auf der Einfuhrseite beträchtlich und auf der Ausfuhrseite um mindestens einige Prozent (mit Ausnahme Dänemarks, das 39% seiner Exporte an Großbritannien lieferte).

Im Gegensatz zur Einfuhr verteilte sich die Zunahme der *Ausfuhr* im Dezember ziemlich gleichmäßig auf verschiedene Warengruppen. Der Anteil der Rohstoffe an der Gesamtausfuhr verminderte sich, da die Strom- und Zellwolleexporte etwas zurückgingen. Die Holzexportbeschränkungen hatten sich noch nicht ausgewirkt, die Holz Ausfuhr nahm gegenüber dem Vormonat etwas zu und war höher als in den vier Monaten vorher. Bei den Fertigwaren erholte sich die Papierausfuhr von dem leichten Rückschlag im November und erreichte einen neuen Höhepunkt. Auch die Garn- und Gewebeausfuhr stieg neuerlich. Hingegen blieb die Bekleidungs Ausfuhr hinter den Ergebnissen zurück, die seit Mitte 1954 erzielt worden waren.

Die Einfuhrziffern für das *IV. Quartal 1954* zeigen im Vergleich zum letzten Quartal 1953 die kombinierte Wirkung von Liberalisierung, Konjunkturaufschwung und verschiedenen Sonderfaktoren (schlechtere Ernte, Ablauf des Investitionsbegünstigungsgesetzes). Dadurch stieg die Einfuhrmenge um 26% und der Einfuhrwert um 48%¹⁾. Aber auch gegenüber dem unmittelbar vorhergehenden Quartal, in dem die Liberalisierung bereits wirksam war, ist

¹⁾ Da Liberalisierung und Investitionsbereitschaft vor allem die Einfuhr von Fertigwaren begünstigten, wuchs der Wert der Einfuhr verhältnismäßig rascher als ihr Gewicht.

die Einfuhr der Menge nach um 25%, dem Wert nach um 37% gestiegen.

Die Steigerung der Ausfuhr war weit bescheidener: sie betrug gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres mengenmäßig 1% und wertmäßig 10%, gegenüber dem Vorquartal 1% und 7%.

Infolge des ungleichen Wachstums von Ein- und Ausfuhr war die Handelsbilanz im IV. Quartal 1953

noch mit 168 Mill. S aktiv; im III. Quartal 1954 ausgeglichen und im IV. Quartal mit 1.207 Mill. S passiv.

Ein- und Ausfuhr

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1.000 /	Mill. S	1.000 /	Mill. S
IV. Quartal 1953....	2.008	3.716	1.395	3.884
III. Quartal 1954....	2.034	4.020	1.390	4.019
IV. Quartal 1954....	2.540	5.495	1.408	4.288

Zur Konvertibilität

In den letzten Jahren konnte die Europäische Zahlungsunion dank gegenseitiger Liberalisierung und Kreditgewährung ihrer Mitgliedsstaaten in ihrem Bereich einen freieren Welthandel auf multilateraler Basis aufbauen. Die EZU ist aber auf die Länder der OEEC beschränkt und erst ein Übergang zur Konvertibilität, das heißt zu einem freien Austausch der Währungen, würde den multilateralen Verkehr auch auf die Nicht-EZU-Länder, vor allem auf den Dollarblock, ausdehnen. Nicht nur der Welthandel könnte somit erweitert werden, sondern es würde auch der Ausgleich der chronischen Überschüsse und Defizite einzelner Länder erleichtert. Da sich jedoch die besonderen Voraussetzungen, unter denen die EZU gegenwärtig funktioniert, nicht ohne weiteres auf ein umfassenderes multilaterales System übertragen lassen, stehen dem Übergang zur Konvertibilität auch verschiedene Hindernisse entgegen, die im folgenden besonders im Hinblick auf die einzelnen Länder und vor allem auf Österreich näher analysiert werden.

Seit dem zweiten Weltkrieg sind die westlichen Länder bestrebt, einen freieren Welthandel wieder herzustellen. Unter anderem wollen sie vom *bilateralen* zum *multilateralen* Handel und Zahlungsverkehr übergehen. Im bilateralen Verkehr — etwa bei Kompensationsgeschäften und zweiseitigem Clearing — kann der Exporterlös nur sehr beschränkt ausgegeben werden, nämlich im Lande des Clearingpartners. Multilateraler Verkehr ermöglicht es dagegen (im Idealfall), den Exporterlös in jedem beliebigen Land zu verwenden. Die Währung des Landes, in das man exportiert, kann gegen jede beliebige andere Währung eingetauscht, d. h. *konvertiert* werden. Diese (ursprüngliche) Art der Konvertibilität wird jetzt oft als *Ausländerkonvertibilität* bezeichnet.

Der Unterschied zwischen bilateralem und multilateralem Zahlungsverkehr ist allerdings praktisch nicht immer so scharf ausgeprägt. Innerhalb der Europäischen Zahlungsunion (EZU) z. B. ist der multilaterale Verkehr schon verwirklicht, die Währungen der Teilnehmerstaaten sind bereits untereinander konvertierbar. Andererseits dürfte ein wirklich welt-

weiter Multilateralismus an der Isolierung der Ostblockstaaten scheitern. Eine konkrete Diskussion muß sich daher auf die Fragen konzentrieren: Wie groß soll das Gebiet der konvertierbaren Währungen sein und vor allem soll der Dollarraum darin eingeschlossen sein oder nicht?

Der Beschluß eines Landes, seine Währung „ausländerkonvertierbar“ zu machen, garantiert jedoch nicht, daß sie *effektiv* konvertierbar wird, d. h. daß der Multilateralismus tatsächlich funktioniert. So wie zweiseitige Clearingabkommen oft durch devisa- und handelspolitische Maßnahmen durchlöchert werden — um große Clearingspitzen zu vermeiden —, kann auch vom Grundsatz der Konvertibilität in gleicher Weise abgewichen werden. Tatsächlich besteht dann wieder nur ein mehr oder minder ausgeprägter Bilateralismus.

Die Konvertibilität kann vor allem wie folgt diskriminiert werden: Erstens, indem die harten Devisen bewirtschaftet werden, und zweitens, indem die Einfuhr kontingentiert wird. Die Zuteilung von Einfuhrkontingenten kann die Importe nach Herkunftslän-